

Bezugspreis:

Monatlich 1,50 RM, monatlich 1,50 RM, ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

'Sozialdemokrat Vorwärts'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntabend, den 17. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspeichrige Komposition ...

Clemenceau durchgefallen.

Unsere Ernährungspolitik.

Optimismus ist eine schöne Charaktereigenschaft, ohne Vertrauen auf gutes Gelingen kann man keine Sache anfangen. Optimismus aber, der unkritische Schönfärberei ist, der die Schattenseiten aller Dinge und die dunkelsten Punkte nicht sehen will, ist eine Gefahr.

Es ist der gefährliche Optimismus, mit dem viele Kreise des Volkes unsere jetzige und künftige Ernährungslage betrachten. Gerade auf diesen Gebieten liegen Schwierigkeiten und Volksgefahren von unermeßlicher Tragweite.

Die deutsche Landwirtschaft hat vor dem Kriege unser zahlreiches Volk nicht allein ernähren können, und ihr Ertrag ist seit Kriegsbeginn fortgesetzt gesunken. Wenn nicht eine radikale Veränderung unserer ganzen Agrarpolitik - wir haben ja zurzeit eigentlich nicht viel, was man Agrarpolitik nennen könnte - zu erreichen ist, werden die kommenden Erntejahre katastrophal werden müssen.

Die Feindschaft zwischen Stadt und Land, die haben und drücken durch enge Interessenpolitik und gegenseitig eher verschärft als gemildert wird, muß energisch abgebaut werden. Die Stadt wird vom Land ernährt und das Land braucht Industrie und Gewerbe der Stadt. Beide sind aufeinander angewiesen.

Die Landwirtschaft muß, wenn sie uns besser mit Nahrungsmitteln helfen können, in die Lage versetzt werden, den Feldbau zu intensivieren. Zurzeit befinden wir uns auf der schlechten Bahn, die zur extensiven Feldwirtschaft zurückführt.

Die intensive Landwirtschaft braucht beste Ackergeräte und Dünger. Stalldünger kann bei unserem schwachen Viehbestand nicht genügend geliefert werden. Der künstliche Dünger kann in Deutschland in jeder nur gemäßigten Menge erzeugt werden, man braucht aber Kohlen dazu.

Deschanel der Sieger.

Die Mitglieder des Senats und der Kammer trafen am Freitag zu einer Vollversammlung zusammen, um die Kandidaten für die Präsidentschaft zu bezeichnen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Deschanel 408, Clemenceau 389, Poincaré 16, Jonart 6, Leon Bourgeois 5 und Hoch 1.

Clemenceau zog daraufhin seine Kandidatur zurück.

Arco zum Tode verurteilt.

Das Urteil gegen den Grafen Arco-Ballich lautet auf Todesstrafe ohne Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. (1) Nach Verurteilung der Urteilsgründe erbat sich Graf Arco das Wort. Er führte aus, daß er die Konsequenzen ziehen werde. (2) Er habe erfahren, daß drei Kameraden beabsichtigten, ihn zu befreien. Er würde es als eine Dummheit ansehen und bitte, davon Abstand zu nehmen.

Nunmehr, sonderbare Begleiterscheinungen zu einem Todesurteil!

Die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes.

Die Nationalversammlung beruhte am Freitag, nach mehr als 13stündiger Sitzung gegen 11 Uhr nachts die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Die einzelnen Paragraphen wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen.

Oesterreich ohne Eisenbahnverkehr.

Oesterreich ist ohne Kohlen für die Eisenbahn. Demzufolge wird vom 19.-25. Januar der gesamte Eisenbahnverkehr und der Paketverkehr in Oesterreich eingestellt.

Auch das Schmelzen hilft nichts, sondern das klare Erlommen und nüchternes Danachhandeln.

Die Produktionskosten, die heute im wesentlichen durch die Preise der für die Landwirtschaft nötigen Industrieprodukte beeinflusst werden, sind zu untersuchen. Dem Unkostenaufwand sind die Preise der Produkte anzupassen. Das bedeutet eine fühlbare Erhöhung der Höchstpreise. Darüber muß man sich klar sein. Aber man ist sich doch auch klar, daß die Preise der Auslandslebensmittel um das acht- bis zehnfache höher sind als die der einheimischen - viel höher als selbst die wahnsinnig hohen Gaspreise in Deutschland.

Die nächste Zukunft Deutschlands liegt auf dem Lande! Die Industrie, die uns früher im Ausland kaufkräftig gemacht hat, kann auf absehbare Zeit nicht mehr zur alten Höhe zurück. Der Friedensvertrag liegt hindernd im Wege. Die starke Bevölkerung Deutschlands muß sich heranzögern. Sie braucht sich aber nicht weiter zu vergrößern, als wir mit Hilfe der eigenen Landwirtschaft zu ernähren vermögen.

Die Industrie schnellst fort benennungslos die Preise jeden Tag höher. Die kaum erst um 40 R. verteuerten

Kohlen werden in kurzer Zeit um mindestens den gleichen Betrag teurer werden. Mit derartigen Preisen kann man auch gute Löhne zahlen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben ein Einkommen, das unbedingt erhöht werden muß. Dazu muß die Landwirtschaft ebenso in die Lage gesetzt werden wie die Industrie.

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Kohlenverteilung zu sagen, die zurzeit unsere Ernährungsinteressen schwer vernachlässigt. Die Versorgung der Düngemittelindustrie in der Kohlenbelieferung ist unbedingt und nach erforderlich. Die Düngemittelindustrie ist allem anderen vorzuziehen, denn sie ist die Brotindustrie! Lieber soll rückständiger die Kohlenbelieferung von allerhand lebensunwichtigen und unnützen Veranlassungen in den Städten unterbunden werden.

Die Ernährung unseres Volkes steht auf dem Spiele. Je besser sie ist, desto wohler können wir uns fühlen. Alles, was hier gelangt worden ist, ist für die Wohlfahrt des Volkes geschehen. Es handelt sich nicht darum, der Landwirtschaft Sondergewinne zuzuführen. In der heutigen Not Deutschlands hat die Landwirtschaft genau so mitzutragen wie jeder andere. Es handelt sich darum, unser Eigeninteresse zu fördern, um mehr Lebensmittel zu schaffen, die Zukunft unserer Ernährung zu festigen.

Damit werden aber auch die Löhne der Arbeiter und Beamten steigen müssen. Das Lohnniveau wird dauernd so gehalten werden müssen, daß die vermehrte Lebensmittelproduktion auch dem Volke von Nutzen ist. Sinnerhin werden die Löhne noch lange nicht so hoch steigen, als die vermehrte Einfuhr ausländischer Lebensmittel nötig machen würde.

Wie eine reaktionäre Lüge entsteht.

Der reaktionäre 'Nationalverband deutscher Offiziere' hielt gestern eine Protestversammlung ab, die sich u. a. auch mit der Entlassung des Obersten Reinhard beschäftigte. Dabei leistete sich ein Herr Oberleutnant Graf von der Goltz die Dreistigkeit, nach dem B. S.-Bericht folgendes zu behaupten:

'Etwa gleichzeitig, als Oberst Reinhard in der Kameradschaft an der Raas an der Spitze seines führenden Regiments die fünfte Vermundung erlitt, schrieb der 'Vorwärts': 'Deutschland soll - das ist unser fester Wille - keine Kriegsschlacht für immer freiden, ohne sie das letzte, siegreich heimgebrachte zu haben.' Es war es kein Wunder, daß die 'Vorwärts'-Regierung Oberst-Bauer-Kolle für die Verdienste des Obersten Reinhard kein Verständnis hatte.'

Herr Oberleutnant Graf von der Goltz geriet zu schwindeln. Der zitierte Satz wurde nicht etwa gleichzeitig mit der Kameradschaft an der Raas geschrieen, sondern nach dem Waffenstillstand, und zwar in einem Zusammenhange, den der Herr verdammt, weil er damit den ganz anderen und wahren Sinn des Satzes betreiben würde. Es war ein Anschlag, der die Friedensbereitschaft Deutschlands ohne den Hintergedanken einer Resonanz erklärte.

Wenn Herr von der Goltz weiter bemerkte, das Herr Reichswehr und nicht Regierungsschutztruppe, so überlassen wir die Deutung dieses Unsinns seinen Zuhörern. Die Bemerkung, daß ein Mann an die Spitze der deutschen Armee gehöre, der einmal vor dem Feinde gestanden habe, weist auf ein Bedürfnis hin, das wir dem Grafen schenken. Den guten Rat aber, den er den führenden Militärs im Reichswehrministerium abt, sich durch 'Parteilosigkeit' nicht in ihr Ressort hineinzusetzen zu lassen, möchten wir den betreffenden Herren im eigenen Interesse nicht empfehlen.

Der Fall Kautsky im Untersuchungsausschuß.

Am Freitag unternahm in einer Sitzung des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung die Abgeordneten der Rechtsparteien Kohl, Graf Dohna und Engel (Gronberg) einen heftigen Vorstoß gegen die weitere Tätigkeit Kautskys als Sachverständiger des ersten Untersuchungsausschusses.

Der Abg. Kohl beantragte, Kautsky wegen der vorzeitigen Herausgabe seines Buches über die Schuld am Kriege nicht mehr als Sachverständigen zuzulassen. In seiner Verteidigung führte Kautsky das vorzeitige Erscheinen des Buches auf eine ver-

hängigkeitsvolle Rolle von Juristen zurück. Auch er behaupte das Sozialismus unbetontlich, müsse aber entschieden bestreiten, daß ein Vertrauensbruch vorläge. Einen Bericht des Ausschusses auf seine weitere Tätigkeit als Sachverständiger könne er nicht als Strafe betrachten. Die Entlassung eines Verweises werde er mit dem Antritt beantworten.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses vertrat namentlich Einzelschreiber den Standpunkt, daß der Ausschuss zu einem Urteil überhaupt nicht befugt sei, da ihn die an ihn getriebene bedauerliche Herausgabe des Buches gar nicht angehe. Er beantrage Übertragung zur Tagesordnung. Gegen den Ausschuß sprach auch Dr. Quard, der aber große Rücksicht für vorstehend erachtete. Die Demokraten Goltz und Peterien erklärten gleichfalls, daß man weder den Ausschuss beurlauben noch einen Verweis erteilen könne. Ein Vertrauensbruch liege nicht vor, es handele sich nur um schwere Fahrlässigkeit.

Die Sitzung wurde sodann am Sonnabend vertagt.

Beleidigung des Reichspräsidenten.

Gegen den Redakteur der „Deutschen Zeitung“ Dr. Ernst Käthe wird heute vor dem Landgericht I wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und der Mitglieder der Reichsregierung verhandelt. In einem Artikel der „Deutschen Zeitung“ vom 26. Oktober „Wie lange noch?“ und der das Verbot der „D. Z.“ auf 10 Tage verurteilt hatte, wurde davon gesprochen, daß bei der Frage, ob das Reich eine monarchische oder republikanische Staatsform haben solle, es vor allen Dingen darauf ankomme, daß die Personen, denen die Leitung nach dem einen oder dem anderen Regierungssysteme anvertraut sei, nach allen Umständen hin der Art der Staat halten müßten; ferner, daß man momentan in Deutschland in einem Herrenhause zu leben habe. Es wurde dann ein Auszug aus der Rede Eberts vom 18. Mai wiedergegeben, in der er die Friedensbedingungen der Entente als unannehmbar erklärt und gesagt hatte: „Wir wären etwas und müßten, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufwenden gegen die Schwand, die uns angedroht wird.“ Daraus anknüpfend wurde ausgeführt, daß die Voraussetzungen, unter denen der Reichspräsident und seine Regierung die Ehr- und Würdelosigkeit festgesetzt habe, sehr zur Verächtlichkeit geworden seien. Mit der Unterzeichnung des Vertrags sei die Handlung begangen, die im, die höchste Spitze des Reichs sowie seine Regierung nach seiner eigenen Erklärung ehr- und würdelos gemacht hätten. Dieser Vorwurf wurde noch in weiteren Fragen unter der wiederholenden Spitzworte „Wie lange noch?“ datiert, die sich an das deutsche Volk, die Generale, die Soldaten usw. richteten. Der Angeklagte behauptet, daß der Artikel nur den Zweck gehabt habe, zu zeigen, daß die Ebert als Präsident unwürdig gemacht habe, nachdem er sich mit solchem Posten für Ablehnung des Friedensvertrags ausgesprochen und dann den Vertrag doch genehmigt habe.

Ein weiterer Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten Ebert und des Reichswehrministers Rastke richtet sich gegen den Herausgeber des „Sonn“, Dr. Alexis Schleimer. Mehrere farbige Zeichnungen des Noties stellen einen Teil der Mitglieder der Reichsregierung als Tiere dar, keine Spottwerke sind bezeichnet. Über ist als fette Schweine, Rastke als ein vom „Nirbanapfel“ (Militarismus) freischender Affe dargestellt. Der Angeklagte teilt mit, daß er auf eine Reihe Sachverständiger, die beauftragt seien, in den inframinierten Zeichnungen und Texten eine persönliche Beleidigung nicht zu erkennen sei. Diese Hauptbeleidigung ist am 24. Januar.

Verblöding des Reichsboten.

Der „Reichsbote“ bringt in seiner letzten Nummer eine niedrige, lächerliche Rede gegen den Reichspräsidenten Ebert und gegen den Minister Heine, denen beiden er Pflichtverletzung vorwirft und ihnen die Schuld an dem Blut der Sicherheitskammern aufbürdet, weil sie die Sicherheitsorgane zur Zurückhaltung aufgefordert haben. Dem frommen „Reichsboten“ wäre es müßig lieber gewesen, wenn die Sicherheitsorgane sofort und möglichst ohne ernstlichen Anlaß zwischen die Massen geschossen hätte. Die Genossen Ernst und Heine haben gehandelt, wie es ihnen ihre Verantwortung vorschrieb, als sie die Beamten zur

Verantwortlichkeit und Massenempfinden.

Das Verhältnis der Masse zur sozialen Gemeinschaft wird immer mehr durch schwere Ereignisse zum Thema des Tages. Die Masse selbst, heißt die Verantwortung für die sozialen Übernahmen. Ein Artikel über Massenempfinden, den ein sozialistischer in der „Reife“ veröffentlicht, bezieht die Frage, warum das so ist. Wie gehen einen Abschnitt des Aufwaches, der nachteilig nur als Einführung in das wichtigste Problem, als als erschöpfende Behandlung gelten kann, in folgenden wieder:

„Was Handeln der Menschen auf jedem Gebiete ist zuerst Gedanke und damit Tugend der Persönlichkeit. Obgleich wenig ist die Massenpsychik eine einfache Summierung von Persönlichkeitsgehalt. Die Person verändert sich sofort, wenn sie sich als Glied einer Gemeinschaft fühlt. Man nehme das Beispiel von Volksversammlungen, von Parteien, von Chören, von Religionen; in der Gemeinschaft wird der Schwache stark, der Feige tapfer, der Verblödinge fanatisch, der Weisheitsehrer brutal, das Gefühl der Verantwortung fällt beim Einzelnen. Es findet eine seelische Veränderung statt, die bei bloßer Zusammenfassung unerklärlich bleibt. Selbst die einfache Form der Vereinigung der Geister in Kollegien, Ausschüssen, Parlamenten gibt nicht die Summe der Einzelwirkungen, vielmehr ganz andere Resultate. Diese Veränderung ist aber das Wesentliche: sie ist der Geist der Gemeinschaft, und er redet eine andere Sprache als der Geist der Person.“

Verantwortlichkeit und Verantwortlichkeit beherrschen Schwächen und Handlungen der Masse weniger als der Person. In der Masse ist die Verantwortlichkeit mächtig angeregt. Viele Volksredner wissen, daß gerade Bilder und Symbole mächtiger wirken als zutreffende Gründe. Die Hypnotisiertheit bedürfen die Massenempfinden dringend einer Willensrichtung und sie sind für Willenspenden besonders empfänglich. Der Wille der Masse wird nicht gestirbt durch die logische Überlegung, durch das Interaktionsvermögen, sondern durch die Gefühle und durch die Suggestivkraft der gegebenen Befehle. Die Überzeugung spielt dabei nicht eine geringere Rolle als im Verstand der einzelnen Personen. Besonders ist es die ständige Wiederholung der Parole und der Wiederholungen, welche den Einzelnen in ihren Tönen zwingt. Nicht die Beweiskraft der Gedanken entscheidet, sondern die Macht und die suggestivste Sicherheit, mit der sie vorgetragen werden. In der Masse werden die Menschen leichtgläubig, und beim Menschen der Masse ist die Macht der Illusion groß, doch muß sie in der Richtung der Wunschrichtung und der vorherrschenden Triebe liegen. Die ständige Kraft der Masse ist hauptsächlich abhängig von jenen, welche die Parole und den entscheidenden Moment beherrschen, von den Führern. Bedenklich ist dabei, daß gerade in der Masse auch zahlreiche krankhafte Persönlichkeiten zur Geltung kommen können (vgl. G. Anton, Aus der ärztlichen Seelenkunde, Berlin 1918).

Die Herabminderung der persönlichen Verantwortlichkeitsgefühls im Massenempfinden ist eine gegenseitig sehr auffällige

Juridikalität und zur Vermeidung alles erregend Wirkenden aufzuerhalten. Gerade dadurch ist alles, was geschehen ist, gerechtfertigt. Die Sicherheitsorgane kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß sie von der Masse erst Gebrauch gemacht hat, nachdem die Demonstrationen zu schweren Tötlichkeiten übergegangen waren.

Die Lage im Reiche.

In Rheinland und Westfalen wird der gesamte Eisenbahnbetrieb anreicht erhalten; es ist nur noch eine Station im Bezirk Dortmund im Streik. Dank dem Eisenbahnerstreik stehen im Bezirk Essen circa 48000 Waggons mit einer halben Million Tonnen Kohle. Wenn es denn keine Kohle gibt, kann man ja wieder die Regierung anfragen und das Volk bestreiken und deputieren.

In Leipzig wurde eine Demonstration jugendlicher durch Militär ohne Waffengebrauch aufgelöst.

In Oberbayern haben alle Betriebe mit Ausnahme der Bergbau und Hamburg kam es zu Demonstrationen, aber nicht zu ernstlichen Ausschreitungen. Am Donnerstag wurde die Reichswehr in Frankfurt am Main mit Steinen beworfen und schoß. Drei Personen sind erheblich verwundet.

Wie uns aus Hamburg gedruckt wird, hatten die U. S. V. und die R. P. D. mit einem riesigen Aufwand von Flugblättern, Plakaten und Aufzügen in der Presse zu Freitag in allen Stadtteilen große Protestversammlungen gegen das Betriebsrätegesetz und den „Berliner Noth“ einberufen. Sie hatten auf das dringendste aufgefordert, in geschlossenen Zügen an den Betrieben in diese Versammlungen zu marschieren. Die Hamburger Arbeiterchaft ist diesem Ruf nicht gefolgt; sie marschierte nicht geschlossen aus den Betrieben an, die Versammlungen waren durchweg lehr schlecht besucht und zu Unzügen und Ausschreitungen ist es nirgendwo gekommen.

Im Ruhrrevier: Auf und Rieber der sinnlosen Kohlengräberstreiks. Wo gearbeitet wird, fehlen infolge des wackeren Eisenbahnerstreiks die Wagen zum Beladen. Hochöfen müssen aufgegeben, Hütten stillgelegt werden. Ideal: Petersburg, wo man von Kamin wegen die Holzhäuser der entvölkerten Stadt auf Brennholz gerückt.

Heine Generalregierungs-Kommissar.

Gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48, Abs. 2, der Reichsverfassung vom 13. Januar 1920, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet nötigen Maßnahmen, wird für das preussische Gebiet der preussische Minister des Innern zum Generalregierungs-Kommissar ernannt.

Der Reichswehrminister: Rastke.

Der Minister des Innern: Koch.

Die Liste der deutschen Gesandten.

Die Liste der bisher ernannten deutschen Gesandten liegt jetzt vor. Nach London geht der Hamburger Senator Stamer, nach Paris der bisherige Reichs-Kommissar Dr. Raetz, nach Brüssel der Genosse Otto Landsberg, nach Madrid der ehemalige Gesandte Rosen, nach Tokio der ehemalige Kolonial- und Außenminister Dr. Solf, nach Wien Rosenfeld, nach Rom der bisherige Gesandte Rado, nach dem Haag Oberst Renner, nach Prag Sänger, in Bern die der Genosse Wolf Müller. Der englische Gesandtschaftsleiter Lord Kilmanoch hat dem Minister des Innern sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Streik im W.B.

(Eigener Drahtbericht unseres Hamburger Korrespondenten.)

Die Angehörigen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus in Hamburg, Köln, Stettin und Danzig sind am Freitag nachmittags 2 Uhr in den Streik getreten, da ein Ultimatum, das die Angehörigen an die Direktion gerichtet hatten, bis dahin keine Antwort gefunden hat.

Wie uns mitgeteilt wird, haben in den anderen Filialen ebenfalls Verhandlungen statt. Die Gründe sind überall Lohnforderungen. Die Verhandlungen schweben bereits seit der Revolution. Die Führung der Bewegung hat Hamburg in die Hand genommen. Die Angehörigen hatten an die Direktion ein Ultimatum gestellt, eine Lohnsteigerung von 50 Proz. zu bewilligen, keine Maßregelungen vorzunehmen und sofort in neue Tarifverhandlungen einzutreten. Falls die Direktion diese Forderungen bewilligt, soll die Arbeit noch heute Abend wieder aufgenommen werden.

Schleswiger, es gilt!

Die Räumungsfreit in Nordfriesland ist um 8 Tage verlängert, die Abfertigung in der ersten Zone am 10. Februar.

Protest gegen die Besatzungswillkür.

Durch von Berner ist in Paris eine Note über die Verordnungsentswürfe der Internationalen Rheinlandkommission überreicht worden. In der Note wird u. a. darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages und des Rheinlandsbündnisses die Besetzung der linksrheinischen Gebiete nur den Zweck habe, die Ausführungen des Friedensvertrages durch Deutschland sicherzustellen. Die Verordnungsentswürfe der Rheinlandkommission verstoßen gegen diese Rechte. Die Lage vollkommen, indem diese Befugnisse beanspruchen, die ihr im Gegenzug zu den vertraglichen Vereinbarungen wesentliche Teile der Staatshoheit übertrügen. So sehr das Rheinlandsbündnis steht, daß die Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten nach der deutschen Gesetzgebung und unter Leitung der deutschen Zentralregierung fortzuführen solle, während nach den Verordnungsentswürfen der Kommission die Geltung deutscher Gesetze ausnahmslos von der vorherigen Prüfung durch die Rheinlandkommission abhängig gemacht werde. Nirgendwo steht das Rheinlandsbündnis ein Recht der Rheinlandkommission vor, Anweisungen irgendwelcher Art zu erteilen, noch auch Einschränkungen des Post-, Telegraphen- oder Telephonverkehrs, der Press- und Versammlungsfreiheit und des Rechts des Arbeiters, durch Streiks seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Note erhebt Protest und regt Verhandlungen an.

Der Kerkermeister.

Doch ist zum Vorsitzenden der militärischen Kommission ernannt, welche zur Überwachung Deutschlands gebildet wird. Die Entente will die deutsche Regierung auffordern, für die in Berlin eintrifftende alliierte Überwachungskommission einen besonderen Sicherheitsdienst einzurichten. Für die der Kommission überwiesenen Quartiere soll die Stellung einer ständigen Schutzwache verlangt werden.

Statt mit immer neuen Anordnungen sollte sich die Entente besser mit dem Völk der Zentralstaaten beschäftigen. Wierum ergibt ein Anruf geistig hochstehender Neutralen an die Weltbeherrscher zur Hilfe für den Wieder Aufbau Mitteleuropas, Gerechtigkeit runderheraus die Entente schuldig an dem Völk Grausen und schließlich als treue Gabe Amerikas an Europa einen 150 Millionen-Dollar-Kredit für Österreich, Polen und auch für Armenien an. In Schwedens Parlament wurde ein Kredit von 3 Millionen für Deutschland zum Festkauf beantragt.

In Wien wollen 32000 Angehörige der Theatr. u. m. demonstrieren. Der absolute Kohlenmangel hat diese Stadtbevölkerung geschlagen.

Telegraphenstreik in Italien.

(Drahtbericht unseres Berliner Korrespondenten.) Jeder Brief- und Telegrammverkehr zwischen Italien und der Schweiz ist infolge des italienischen Postangestelltenstreiks völlig unterbrochen. Italienische Zeitungen sind in der Schweiz nicht eingetroffen. Auch der Telephonverkehr Lugano-Railand verlagert. Reisende aus Mailand bringen Gerüchte über einen allgemeinen Generalstreik in Italien.

In allen Volkbüros des Landes wurde eine Verfügung angehängt, die ankündigt, daß das Personal, welches sich nicht zur Arbeit einfindet, entlassen sei.

denigen Dotationen ein Ding der Unmöglichkeit. Nach dem Kriegswesen die Vorräte aufgeräumt, andererseits die Studentenzahl verfallen. Von einem eigenständigen Studium wird in den nächsten Jahren kaum ernsthaft gesprochen werden können.

Die Albertina in Staatsbesitz. Die berühmte graphische Sammlung Albertina in Wien ist durch die Beschlagnahme der sozialdemokratischen Reichsminister der ehemaligen Dotation in den Besitz der Republik Österreich übergegangen. Diese Übernahme bedeutet den ersten Schritt zu einer notwendigen Neuordnung der Verhältnisse der Wiener graphischen Sammlungen. Die Kupferstichsammlung der Hofbibliothek überfiel in das gleiche Verhängnis, in dem sich die Albertina befindet. Als Ziel strebt die Schaffung eines großen einheitlichen graphischen Kabinetts vor, das ein der bedeutendsten Institute dieser Art in der ganzen Welt werden könnte.

Die Warnung vor dem Alkohol. Das Spiritosenverbot der Vereinigten Staaten ist im vorigen Monat vom Obersten Gerichtshof als rechtskräftig erachtet worden und ein großes Sterben der Burs, Gemeinliche und kindlichen Eden hat eingeleitet. Kommt allerdings das Land noch nicht ganz „trocken“. Darüber unterrichtet ein New Yorker Brief der „Frankf. Ztg.“. Das Gesetz erlaubt nämlich jedem, sich leichte Getränke — keinen Brantwein — für seinen eigenen Gebrauch herzustellen, auch kann der Privatmann, der einen wohlgefüllten Keller hat, sich des Inhalts des selben erfreuen so lange er eben reicht. Es hat sich ein schrecklicher Handel in Rezepten für „heimgemachte Getränke“ entwickelt, auch kann man selbst in kleinen Betrieben, alle Materialien dazu zum Gebrauch fertig und sogar mit einer Gebrauchsanweisung versehen. Am dort aber nach dem Gesetz eine Anweisung vom Kaiserlichen zur Herstellung alkoholhaltiger Getränke nicht erfolgen. Über dieses Hindernis Überwinden geschickte Geschäftleute, z. B. schreibt einer in seiner Anzeige:

„Aus einem von mir gegen 1 Dollar überaus hin verschobten Einpaßpaßel kann eine Gallone eines vorzüglichen, keinen Alkohol enthaltenden Getränks hergestellt werden. Warnung: Jeder Käufer wird davon gewarnt, dem Getränke Geste zuzufügen, da es sonst in alkoholische Gärung gerät und alkoholisch wird.“

Welche Regierung hätte das Herz, einem braven Bürger, der mit solchen „Bereitern“, um einen Studentenausdruck zu gebrauchen, für die Befolgung des Gesetzes eintritt, der Unaufrichtigkeit zu gelien?

Ernst Krowatzs Einlieferung findet am Sonntag, morgen 9 1/2 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 38, statt.

Theater. Ein Geisteskranker, der nach dem Schicksal des 19. Januar im Theater „Schloß“ hat und aber die erste Aufführung des nunmehr gegründeten „Volksbühnenvereins“ am 15. Februar in der Borris Berlin, Deibel, Maria Magdalena wird aufgeführt. Dieser Anfang verpflichtet, auf ein allgemeines Interesse kann der genannte Verband nur rechnen, wenn er seinen Spielplan auf der Höhe des Deibelischen Wertes hält, und mit dieser Höhe gibt ein moralisches Maß, den Namen einer „Volksbühne“ zu tragen.

Max Beckstein ist aus der Berliner Kommerzialgruppe aufgetreten. Aus Paulsen's Werken hat Edward v. Winterstein am 18. Januar 1919 um nachmittags, im Rahmen der „Kommerzialist“ im Coal des Deutschen Systemklub.

Deutsche Nationalversammlung.

(Schluß aus der Oberdaußgabe.)

Die Nationalversammlung nahm weiter die §§ 49-60 an. Abg. Döwcl (U. Soz.) begründet einen Antrag, wonach die §§ 62-65 (Sondervertretungen bei den Staatsbetrieben) gestrichen und die ganze Materie unter Aenderung des § 61 anders geregelt werden soll.

Präsident Fehrenbach fordert nach einstündiger Rede den Abg. Döwcl auf, beim § 61 zu bleiben. Die Herren Unabhängigen halten nur recht lange Reden, um die Zeit hinzuziehen. (Sehr wichtig! b. d. Wahrheit.) So lange kann man gar nicht zu § 61 sprechen. (Weiterlekt.)

Da Abg. Döwcl weiterhin sich gegen die Geschäftsführung des Präsidenten wendet, wird er zweimal zur Sache gerufen.

Um 12 Uhr erklärt Präsident Fehrenbach - nachdem das Haus das Gehör bis einschließl. § 64 in der Ausschlußfassung mit unumstößlichen Aenderungen unter Ablehnung aller Anträge der Rechten und der Unabhängigen angenommen hat - daß die Sitzung abgelaufen ist infolge der ausgedehnten Reden unumöglich ist. (Anruhe auf der äußersten Linken.)

Nach längerer Rede des Abg. Döwcl (U. S.) nimmt das Haus den § 65 an. Hingegen wird auf Antrag des Abg. Seuber-Wogdeburg (Soz.) als Absatz 8:

Die Reichsregierung kann für die öffentlichen Behörden und Betriebe des Reichs, sowie für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die hinsichtlich des Dienstverhältnisses ihrer Beamten der Reichsamtverwaltung unterliegen, die Landesregierungen können für die öffentlichen Behörden und die Betriebe der Länder, Gemeinden, und Gemeindeverbände sowie für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die hinsichtlich der Dienstverhältnisse ihrer Beamten der Landesamtverwaltung unterliegen, nähere Vorschriften erlassen.

Um diese Zeit sind noch 50 Abgeordnete im Saal von insgesamt 421. Darunter 4 Unabhängige von insgesamt 23 und etwa ein Dutzend Abgeordnete der Rechten beider Parteien von insgesamt 64. Die Regierungsbänke sind völlig leer. Auf den Tribünen sitzen nur einzelne Besucher, in der Mehrzahl dienstfreie Mannschaften der Sicherheitswehr.

Das Haus tritt in die Beratung der Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte ein. Als der Abg. Karszen (U. Soz.) bereits über eine Viertelstunde über den § 66 geirrt hat, ruft ihn Vizepräsident Hausmann zur Sache. Der Unwille des Hauses gegen den Redner entläßt sich anhaltend in Zwischenrufen, auf die der Angegriffene ausführlich einget.

Vizepräsident Hausmann: Ich ersuche das Haus, die Zwischenrufe zu unterlassen, damit der Redner nicht immer wieder Gelegenheit erhält, seine weitläufige Rede noch mehr auszudehnen.

Abg. Karszen (U. Soz.): Wenn Sie ein böses Gewissen haben... (stürmisches Gelächter). Nach einer weiteren halben Stunde schließt der Redner damit, daß die Verantwortung für das Geschehene auf der „blutbesudelten Haut des Hauses“ liege.

Vizepräsident Hausmann: Für diesen toben Ausdruck rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. Wolf (D. Sp.): Der Korredner hat ein Beispiel eines unerhörten Mißbrauchs der Redezeit geboten. Ueber die beantragte Verbindung der §§ 67-77 bei der Besprechung entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Henke (U. Soz.): Die Antragsteller versuchen eine Vergewaltigung der Widerzeit. (Lebhafte Widerspruch.)

Abg. Waldstein (Dem.): Es ist schwer, ernst zu bleiben bei dem Vorwurf. Tatsächlich bemüht sich doch die Widerzeit, der Wehrzeit die sachliche Arbeit zu erschweren. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag wird angenommen. Bei § 67 (Beschränkung des Einflusses der Betriebsräte in Betrieben politischen, gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen usw. Charakters) empfiehlt

Abg. Dr. Heim (Bayer. Sp.) die Genossenschaften allgemein zu diesen Betrieben zu rechnen, da sie die Diagonale zwischen Sozialismus und Individualismus seien.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Genossenschaften im allgemeinen so schon als Betriebe nichtwirtschaftlicher Art anzusehen sein werden.

Abg. Müller-Rottmann (Soz.): Die Einschränkungen der Betriebsräte in den Leitungsbetrieben hat nur den Zweck, ihren Einfluß auf die politische Haltung der Werke auszuweichen. Bei wirtschaftlichen und betrieblichen Fragen sollen die Betriebsräte natürlich das Mitbestimmungsrecht haben. Das entspricht nur der alten Tradition des Buchdruckerbundes, der grundsätzlich die Einmischung in die politische Haltung der Blätter abgelehnt hat.

Abg. Eichhorn (U. Soz.) beantragt Beschränkung für den Betriebsrat lediglich in Betrieben rein wissenschaftlicher Art. § 67 wird unter Ablehnung der Aenderungsanträge angenommen.

Zum § 70 (Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat) beantragen Abg. Dr. Wolf (D. Sp.) Beteiligung der Betriebsräte am Aufsichtsrat nur bei Arbeitnehmerfragen, Abg. Döwcl (U. Soz.) eine Erweiterung der Betriebsratsrechte im Aufsichtsrat und Abg. Schiele (Dnat. Sp.) Streichung. Beim Rest des Abschnitts „Betriebsräte“ verlangt Abg. Dr. Seher-Sachsen (U. Soz.) für die Betriebsräte das Recht zur Veränderung der Unternehmerlabotage und für die Unternehmer die Pflicht zur halbjährlichen Bilanzvorlegung.

Zu namentlicher Abstimmung wird § 70 (Betriebsräte im Aufsichtsrat) mit 228 gegen 70 Stimmen bei einer Enthaltung in der Ausschlußfassung angenommen, § 72 (Bilanzvorlegung) mit 221 gegen 73 Stimmen bei drei Enthaltungen mit einigen Aenderungen. §§ 68, 69, 71-77 werden in einfacher Abstimmung nach der Vorlage angenommen.

Die Sitzung dauerte bis in die späten Nachstunden, da unbedingt die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet werden sollte.

Nächste Sitzung heute, Sonntag, vormittags 10 Uhr, keine Vorlagen.

Reichsrat. In der öffentlichen Sitzung am Freitag wurde der Entwurf eines Körperschaftsteuergesetzes beraten. Der Ausschuß hat an der Regierungsvorlage drei Aenderungen vorgenommen. Erstens ist die Besteuerung der Länder und Gemeinden herausgelassen worden in der Erwartung, daß diese Frage zusammen mit der Besteuerung des Reichs in einer besonderen Vorlage geregelt werden wird. Die Regierung hat bereits ein besonderes Gesetz über die Besteuerung des Reichs in Aussicht genommen. Zweitens ist der Tarif geändert worden. Nach § 12 war ein doppelter Tarif in Aussicht genommen für Erwerbsgesellschaften, und zwar von 10-20 Proz., falls Einkommen verteilt wird, von 12-30 Proz., falls nicht. Der Ausschuß erwidert darin einen Anreiz, möglichst viel vom Gewinn zu verteilen, welches Geschäftsgeheimnis der Allgemeinheit großen Schaden bringen würde. Er schlägt daher den erhöhten Tarif für das nichtverteilte Einkommen und setzt einen Tarif von 10-20 Proz. allgemein fest. Drittens hat der Ausschuß zur Milderung der Doppelbesteuerung zugunsten der Gesellschaften beschlossen, daß der Gewinnanteil eines Mitgliedes einer Gesellschaft m. b. H. nur bis zu 20 Proz. der Reichseinkommensteuer unterliegen soll. Finanzminister Erg. hat erklärt, daß er sich mit dem Vorschlag nicht einverstanden erklärt. Der Ausschuß des Reichsrates einverstanden. In einem Reichssteuerungsgesetz, das noch vor dem 1. April dem Reichsrat zugehen werde, könne auch die Frage der Besteuerung der Länder und Gemeinden geregelt werden. Bezüglich des Tarifes werde er versuchen, in der Nationalversammlung einen entsprechenden Mittelweg zu finden. Dagegen lehnte er den Vorschlag zugunsten der G. m. b. H. durchwegs ab, denn in der letzten Zeit gingen gerade die potentesten Anreize dazu über, G. m. b. H. zu gründen, weil diese steuerliche Begünstigungen genießen. Mehrfachen Einwendungen gegenüber blieb der Finanzminister dabei, daß er solche moderne Steuerflucht nicht begünstigen könne. Es habe sich z. B. eine G. m. b. H. gebildet mit 20000 M. Stammkapital, wobei aber ihre Gründer nebenher unbeschränkte Rechte zur Verfügung gestellt hätten. Die Steuerbehörde in dieser Beziehung mehrte sich in der letzten Zeit und in weitesten Kreisen des Volkes würde man nicht verstehen, daß die Reichsregierung die moderne Entwicklung nicht erlaube. Bei wirklich keinen Gesellschaften sei er zum Entgegenkommen bereit, aber er könne keine generelle Steuererleichterung gewähren. Wenn der Reichsrat diesen Vorschlag des Ausschusses aufrechterhalte, so müßten getrennte Vorlagen der Regierung und des Reichsrats an die Nationalversammlung erfolgen. In der Abstimmung wurde der Ausschlußbeschl. bezüglich Begünstigung der G. m. b. H. mit 30 gegen 13 Stimmen aufrechterhalten. Dafür stimmten Freyden, Bayern, Sachsen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Bremen, Sachsen-Weimar, Lübeck, Schwarzburg-Sondershausen, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Vorpommern, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Noburg-Gotha, Meckl. Sachsen-Altenburg, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schwarzburg-Rudolstadt. Es wird also eine getrennte Vorlage eingebracht werden. Der Entwurf wurde somit in der Ausschlußfassung angenommen.

Reichsrat. In der öffentlichen Sitzung am Freitag wurde der Entwurf eines Körperschaftsteuergesetzes beraten. Der Ausschuß hat an der Regierungsvorlage drei Aenderungen vorgenommen. Erstens ist die Besteuerung der Länder und Gemeinden herausgelassen worden in der Erwartung, daß diese Frage zusammen mit der Besteuerung des Reichs in einer besonderen Vorlage geregelt werden wird. Die Regierung hat bereits ein besonderes Gesetz über die Besteuerung des Reichs in Aussicht genommen. Zweitens ist der Tarif geändert worden. Nach § 12 war ein doppelter Tarif in Aussicht genommen für Erwerbsgesellschaften, und zwar von 10-20 Proz., falls Einkommen verteilt wird, von 12-30 Proz., falls nicht. Der Ausschuß erwidert darin einen Anreiz, möglichst viel vom Gewinn zu verteilen, welches Geschäftsgeheimnis der Allgemeinheit großen Schaden bringen würde. Er schlägt daher den erhöhten Tarif für das nichtverteilte Einkommen und setzt einen Tarif von 10-20 Proz. allgemein fest. Drittens hat der Ausschuß zur Milderung der Doppelbesteuerung zugunsten der Gesellschaften beschlossen, daß der Gewinnanteil eines Mitgliedes einer Gesellschaft m. b. H. nur bis zu 20 Proz. der Reichseinkommensteuer unterliegen soll. Finanzminister Erg. hat erklärt, daß er sich mit dem Vorschlag nicht einverstanden erklärt. Der Ausschuß des Reichsrates einverstanden. In einem Reichssteuerungsgesetz, das noch vor dem 1. April dem Reichsrat zugehen werde, könne auch die Frage der Besteuerung der Länder und Gemeinden geregelt werden. Bezüglich des Tarifes werde er versuchen, in der Nationalversammlung einen entsprechenden Mittelweg zu finden. Dagegen lehnte er den Vorschlag zugunsten der G. m. b. H. durchwegs ab, denn in der letzten Zeit gingen gerade die potentesten Anreize dazu über, G. m. b. H. zu gründen, weil diese steuerliche Begünstigungen genießen. Mehrfachen Einwendungen gegenüber blieb der Finanzminister dabei, daß er solche moderne Steuerflucht nicht begünstigen könne. Es habe sich z. B. eine G. m. b. H. gebildet mit 20000 M. Stammkapital, wobei aber ihre Gründer nebenher unbeschränkte Rechte zur Verfügung gestellt hätten. Die Steuerbehörde in dieser Beziehung mehrte sich in der letzten Zeit und in weitesten Kreisen des Volkes würde man nicht verstehen, daß die Reichsregierung die moderne Entwicklung nicht erlaube. Bei wirklich keinen Gesellschaften sei er zum Entgegenkommen bereit, aber er könne keine generelle Steuererleichterung gewähren. Wenn der Reichsrat diesen Vorschlag des Ausschusses aufrechterhalte, so müßten getrennte Vorlagen der Regierung und des Reichsrats an die Nationalversammlung erfolgen. In der Abstimmung wurde der Ausschlußbeschl. bezüglich Begünstigung der G. m. b. H. mit 30 gegen 13 Stimmen aufrechterhalten. Dafür stimmten Freyden, Bayern, Sachsen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Bremen, Sachsen-Weimar, Lübeck, Schwarzburg-Sondershausen, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Vorpommern, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Noburg-Gotha, Meckl. Sachsen-Altenburg, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schwarzburg-Rudolstadt. Es wird also eine getrennte Vorlage eingebracht werden. Der Entwurf wurde somit in der Ausschlußfassung angenommen.

Abg. Dr. Wolf (D. Sp.): Der Korredner hat ein Beispiel eines unerhörten Mißbrauchs der Redezeit geboten. Ueber die beantragte Verbindung der §§ 67-77 bei der Besprechung entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Henke (U. Soz.): Die Antragsteller versuchen eine Vergewaltigung der Widerzeit. (Lebhafte Widerspruch.)

Abg. Waldstein (Dem.): Es ist schwer, ernst zu bleiben bei dem Vorwurf. Tatsächlich bemüht sich doch die Widerzeit, der Wehrzeit die sachliche Arbeit zu erschweren. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag wird angenommen. Bei § 67 (Beschränkung des Einflusses der Betriebsräte in Betrieben politischen, gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen usw. Charakters) empfiehlt

Abg. Dr. Heim (Bayer. Sp.) die Genossenschaften allgemein zu diesen Betrieben zu rechnen, da sie die Diagonale zwischen Sozialismus und Individualismus seien.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Genossenschaften im allgemeinen so schon als Betriebe nichtwirtschaftlicher Art anzusehen sein werden.

Abg. Müller-Rottmann (Soz.): Die Einschränkungen der Betriebsräte in den Leitungsbetrieben hat nur den Zweck, ihren Einfluß auf die politische Haltung der Werke auszuweichen. Bei wirtschaftlichen und betrieblichen Fragen sollen die Betriebsräte natürlich das Mitbestimmungsrecht haben. Das entspricht nur der alten Tradition des Buchdruckerbundes, der grundsätzlich die Einmischung in die politische Haltung der Blätter abgelehnt hat.

Abg. Eichhorn (U. Soz.) beantragt Beschränkung für den Betriebsrat lediglich in Betrieben rein wissenschaftlicher Art. § 67 wird unter Ablehnung der Aenderungsanträge angenommen.

Zum § 70 (Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat) beantragen Abg. Dr. Wolf (D. Sp.) Beteiligung der Betriebsräte am Aufsichtsrat nur bei Arbeitnehmerfragen, Abg. Döwcl (U. Soz.) eine Erweiterung der Betriebsratsrechte im Aufsichtsrat und Abg. Schiele (Dnat. Sp.) Streichung. Beim Rest des Abschnitts „Betriebsräte“ verlangt Abg. Dr. Seher-Sachsen (U. Soz.) für die Betriebsräte das Recht zur Veränderung der Unternehmerlabotage und für die Unternehmer die Pflicht zur halbjährlichen Bilanzvorlegung.

Zu namentlicher Abstimmung wird § 70 (Betriebsräte im Aufsichtsrat) mit 228 gegen 70 Stimmen bei einer Enthaltung in der Ausschlußfassung angenommen, § 72 (Bilanzvorlegung) mit 221 gegen 73 Stimmen bei drei Enthaltungen mit einigen Aenderungen. §§ 68, 69, 71-77 werden in einfacher Abstimmung nach der Vorlage angenommen. Die Sitzung dauerte bis in die späten Nachstunden, da unbedingt die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes beendet werden sollte. Nächste Sitzung heute, Sonntag, vormittags 10 Uhr, keine Vorlagen. Reichsrat. In der öffentlichen Sitzung am Freitag wurde der Entwurf eines Körperschaftsteuergesetzes beraten. Der Ausschuß hat an der Regierungsvorlage drei Aenderungen vorgenommen. Erstens ist die Besteuerung der Länder und Gemeinden herausgelassen worden in der Erwartung, daß diese Frage zusammen mit der Besteuerung des Reichs in einer besonderen Vorlage geregelt werden wird. Die Regierung hat bereits ein besonderes Gesetz über die Besteuerung des Reichs in Aussicht genommen. Zweitens ist der Tarif geändert worden. Nach § 12 war ein doppelter Tarif in Aussicht genommen für Erwerbsgesellschaften, und zwar von 10-20 Proz., falls Einkommen verteilt wird, von 12-30 Proz., falls nicht. Der Ausschuß erwidert darin einen Anreiz, möglichst viel vom Gewinn zu verteilen, welches Geschäftsgeheimnis der Allgemeinheit großen Schaden bringen würde. Er schlägt daher den erhöhten Tarif für das nichtverteilte Einkommen und setzt einen Tarif von 10-20 Proz. allgemein fest. Drittens hat der Ausschuß zur Milderung der Doppelbesteuerung zugunsten der Gesellschaften beschlossen, daß der Gewinnanteil eines Mitgliedes einer Gesellschaft m. b. H. nur bis zu 20 Proz. der Reichseinkommensteuer unterliegen soll. Finanzminister Erg. hat erklärt, daß er sich mit dem Vorschlag nicht einverstanden erklärt. Der Ausschuß des Reichsrates einverstanden. In einem Reichssteuerungsgesetz, das noch vor dem 1. April dem Reichsrat zugehen werde, könne auch die Frage der Besteuerung der Länder und Gemeinden geregelt werden. Bezüglich des Tarifes werde er versuchen, in der Nationalversammlung einen entsprechenden Mittelweg zu finden. Dagegen lehnte er den Vorschlag zugunsten der G. m. b. H. durchwegs ab, denn in der letzten Zeit gingen gerade die potentesten Anreize dazu über, G. m. b. H. zu gründen, weil diese steuerliche Begünstigungen genießen. Mehrfachen Einwendungen gegenüber blieb der Finanzminister dabei, daß er solche moderne Steuerflucht nicht begünstigen könne. Es habe sich z. B. eine G. m. b. H. gebildet mit 20000 M. Stammkapital, wobei aber ihre Gründer nebenher unbeschränkte Rechte zur Verfügung gestellt hätten. Die Steuerbehörde in dieser Beziehung mehrte sich in der letzten Zeit und in weitesten Kreisen des Volkes würde man nicht verstehen, daß die Reichsregierung die moderne Entwicklung nicht erlaube. Bei wirklich keinen Gesellschaften sei er zum Entgegenkommen bereit, aber er könne keine generelle Steuererleichterung gewähren. Wenn der Reichsrat diesen Vorschlag des Ausschusses aufrechterhalte, so müßten getrennte Vorlagen der Regierung und des Reichsrats an die Nationalversammlung erfolgen. In der Abstimmung wurde der Ausschlußbeschl. bezüglich Begünstigung der G. m. b. H. mit 30 gegen 13 Stimmen aufrechterhalten. Dafür stimmten Freyden, Bayern, Sachsen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Bremen, Sachsen-Weimar, Lübeck, Schwarzburg-Sondershausen, Mecklenburg-Strelitz, Mecklenburg-Vorpommern, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Noburg-Gotha, Meckl. Sachsen-Altenburg, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schwarzburg-Rudolstadt. Es wird also eine getrennte Vorlage eingebracht werden. Der Entwurf wurde somit in der Ausschlußfassung angenommen.

Das Sterbende Wien.

IV. Hunger und Tod in Ziffern.

Wien leidet nicht Hunger - Wien verhungert. Mit diesen Worten hat mein erster Artikel begonnen. Die unten folgenden Ziffern werden den Beweis dafür erbringen.

In Wien leben rund 2 Millionen Menschen. Was nötig ist, um diese Stadt zu ernähren, erfährt man an den Verbrauchsziffern der hauptsächlichsten Lebensmittel des Jahres 1918, also dem Jahre, das dem Krieg voranging. Wie groß das Defizit ist, in welchem Maße der Hunger die sterbende Stadt auszehrt, läßt sich feststellen aus einer Vergleichung dieser Ziffern mit jenen, die angeben, was Wien an diesen Vorräten während der Jahre 1918 und 1919 an seine Verbraucher wöchentlich verteilte.

Table with 3 columns: Year, Quantity, and Percentage of Normal Consumption. Rows include Bread, Flour, Meat, Butter, Potatoes, Sugar, and Eggs.

Die Brot- und Mehlration war demnach bereits in den letzten zwei Jahren um die Hälfte des normalen Verbrauchs gesunken, von Fleisch wurde nur mehr ein Viertel, von Fett 1 Proz., sage ein Hundertstel dessen zur Verfügung gestellt, was in normalen Zeiten verbraucht wurde und nötig ist, um sich „anständig“ zu ernähren.

Zufällig aber war der Ernährungszustand in Wien in den Jahren 1918 und 1919 noch beträchtlich schlechter, als er sich in den obenstehenden Ziffern bereits ausdrückt. Im Jahre 1918 kam immerhin zu den oben genannten Quantitäten noch eine Anzahl anderer Lebensmittel, wie Milch, Frische, Konerven usw. In den Jahren 1918 und 1919 gänzlich oder so gut wie gänzlich fehlten.

Da Kartoffeln und Zucker seit geraumer Zeit bereits von der Seite der Artikel, die regelmäßig zur Verteilung gelangen, gestrichen sind, Milch, Frische und Konerven für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich sind und von Gemüsen nur Kohl und Kohlraben auf den Markt kommen - Gemüse mit hohem Wassergehalt und nur geringem Nährwert - kann man füglich annehmen, daß Ende 1918 und Anfang 1919 von rationierter Lebensmittel nur höchstens 30 Proz. dessen zur Verteilung kam, was die Wiener Bevölkerung für ihre Ernährung nötig hat.

Wenn man nun überdies weiß, daß die oben genannten Ziffern auf den gegenwärtigen Zustand keine Anwendung mehr finden, daß die Brot- und Mehlration seit langem auf die Hälfte der oben genannten Ziffern gesunken ist, daß Fleisch und Eier so gut als gar nicht - ein Zehntel Kilogramm Fleisch alle 4 bis 5 Wochen oder ein Ei, - Butter und sonstiges Fett in noch viel geringeren Quantitäten zur Verteilung gelangen, dann wird man schließlich zugeben müssen, daß der Ausdruck „Hungerleiden“ den Zustand, in dem sich die Wiener Bevölkerung befindet, mit dem noch nicht genügend feingekennzeichnet, und nur das Wort „verhungern“ in seiner ganzen, gräßlichen Bedeutung auf den Zustand angewandt werden kann, in dem sich die Bewohner der alten Kaiserstadt Wien augenblicklich befinden.

Was wir wiederum durch nachstehende Ziffern beweisen wollen.

Die durchschnittliche Sterbeziffer Wiens betrug in den Jahren vor dem Kriege bei einer Bevölkerungszahl von nur zwei Millionen und einer ziemlich hohen Geburtenziffer ca. 82000 per Jahr. Im Jahre 1914, im ersten Kriegsjahre, starben in Wien - ungerade der auf dem Schlachtfeld Gefallenen - bereits 83208 Personen. Im Jahre 1918 stieg die Zahl auf 87018, im folgenden Jahre - 1919 - auf 87081, im vierten Kriegsjahre - 1917 - auf 40131 und schließlich 1918, im letzten Kriegsjahre, auf 51,407 Personen. Für das laufende Jahr sind die

*) Die Zucker- und Kartoffelrationen waren in den Jahren 1918 und 1919 so minimal und wurden vor allem so unregelmäßig verteilt, daß sich die Ziffern über den Wochenverbrauch nicht feststellen ließen.

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufgezeichnet von Hans Müller-Schiffner.

1. Jan Krebsreuter tritt ins Dasein und verschwindet wieder von der Bildfläche.

An einem sonnigen, frostigen Märzorgen des Jahres 1832 trat, nachdem er sich vorher aus aller, frommer Gewohnheit bekränzt hatte, der Lohse Grodes aus der Haustüre. Er ging mit vorsichtigen, tastenden Schritten den breiten Dürpel hinab, um nicht mit seinen berden Rogelschäben auf den ausgelegten Steinplatten auszurutschen. Unten blieb er stehen, nahm mit der linken Hand seine kurze Tonpfeife, seinen „Kofenwärmer“, aus dem Mund, schob mit der rechten die schwarze Schirmmütze in den Nacken und wuschelte sich darauf mit seinem roten, weigehäutigen Sackluche die Stirn ab und strich sich das schon ergraute Säulenhaar hinter dem Ohr. „Blü!“ machte er, tief aufatmend, und brudte in einem prachtvollen Bogen über die ganze Haidelstraße hinüber, beinahe bis drüber an das Fenster des Schneiders Suberti, den man hinter den blankgeputzten, grünlichen Scheiben auf dem Werkstische sitzen und sticheln sah.

Suberti schaute in diesem Augenblick von seiner Arbeit auf und nickte Grodes zu.

„Stopp!“ murmelte Grodes, „beim Suberti könnt' ich rasch noch mal anlegen.“

Und er setzte sich mit einigen kräftigen Stößen über und klopfte mit dem Pfeifenstiel an das Fenster.

Suberti hob das auf einer alten Untertasse stehende Bügelglas auf der Fensterbank beiseite und öffnete das Fenster einen Spalt breit.

„Gode Morge, Mecker!“ rief Grodes.

„Gute Morge, Grodes!“ gab Suberti zurück. „Was ist gefällig?“

„Ich hab' ein Stückchen Arbeit für Euch.“

„Dann kommt rein, daß das Fenster mit so lang aufbleibt. Ich krieg' den Schnupf. Ich hab' sowieso so rasch was vor!“

„Extra für reingekommen, Mecker, ist es mit der Rüh' wert. Und ich muß auch gleich wieder unter Segel gehn.“

„Aber für mich ist es der Rüh' wert! Ihr seid ein Mecker von hundert Lehen. Euch bläst der heilige Nordwest mit um, aber mich ein Zuglütchen schon über den Haufen. Zugluft ist überhaupt das Gefährlichste, was man hat! Es sind schon mehr Leut' an Zugluft gestorben als wie am Epid. Wo die schwerste Krankheit keinen Eingang hat, da findt' so 'n dünn' Zuglütchen immer noch eine Nische, um sich in den Leib reinzupfuschen. Und ist so 'n hinterlistig Lüftchen mal dahinnen, dann ist beizupfuschen! für die dicke Rippenfell- oder Lungenentzündung der Weg parat. Ich will es Euch ja wahrhaftig als Gott mit gönnen, aber eine Lungenentzündung hat man, eh dat man sich herumdreht. Und für mich ist Zugluft das reinste Gift. Ich hab', wie man so sagt, eine zarte Konstitution!“

„Aber dafür ein Maudweil, wat mit Fünfundzwanzig-pündige nit klein zu kriegen ist!“

„Ist es dat; wat Ihr mir sagen wollt? Dann kann ich ja besser dat Fenster wieder zumachen.“

„Stopp, stopp, Sibelshieder! Ich sag' doch, ich hab' ein Stückchen Arbeit für Euch.“

„Und ich sag', dat Fenster —“

„Ich sag', Joderzuder, sag' ich, Ihr sollt mal für ein Amenlang Eure Döbel halten!“

„Unterdes hol' ich mir den Tot.“

„Mein Hochzeitshebt, dat schöne, blaue, mit dem silbernen Knöpf, dat müßt Ihr mir wieder ein bißchen in Haltung bringen. Ich glaub', die Müdnacht muß einen Finger breit nachgelassen werden und die Knöpf müssen einen Schlag befestigt werden.“

„Dat ist Augenblicksod.“

„Dat muß es auch sein Mecker! Ich hab' den Rod am nächsten Sonntag nötig.“

„Bringt den Rod herum.“

„Wie gefagt, ich hab' ihn am Sonntag hochnötig!“

„Hochnötig? Am nächsten Sonntag? Ho?“ rief der Schneider, zog das Fenster noch eine Hand breit offen und streckte die Nase mit der halbblinden und mit schwarzem Zwirn gefähten Nadelbrille heraus. „Wat ist denn los bei Euch, Grodes? Eine Festlichkeit oder um Gottes willen ein Todesfall? Gott tröst' sein Seel, wenn es ein guter, christlicher Mensch gemeint ist!“

Der Lohse Grodes grinste und blinzelte lustig.

„Ich will Euch jetzt mit länger ausschalten, Mecker! Die Zugluft könnt' Euch am End' doch schaden, und ich müß' mit ewige Wortwülf' machen. Adschüß, Mecker!“

Grodes schob die Tonpfeife zwischen die Zähne und stieh wieder ab.

„He!“ rief ihm Suberti nach. „Se, Grodes! Jetzt könnt' es auch auf ein Händchen voll Zugluft mehr oder weniger nit an! He!“

Aber der Lohse Grodes hatte schon nach Bodbord aufgedreht und wie sein schwerer Hieger bei Hochwasser auf dem Rhein, stampfte er quer über die Straße. Das Grinsen lag noch immer auf seinem roten Gesicht, aber es war nicht mehr das autmütig-wütische von loeben, sondern ein zufriedenes, glückliches. Eine große Freude glänzte auf seinen Waden, die braun waren wie gebadene Kefel, blühte in seinen blauen, harmlosen Kinderaugen, glühte sogar auf seiner biden, geröteten Kofenpfeife. Die Hände hatte er in den Taschen seiner blauen Jacke, deren enge Ärmel proll um die knubbeligen Muskeln lagen. Bei jedem Schritt knallten seine schweren Schuhe auf dem holperigen Pflaster und rauschten ein wenig, so daß der ganze Körper ständig schwankte. Und dabei blühten die dünnen, goldenen Ohrringe in der Koronionne. Grodes zog mächtig an seinem schwarzen Pfeifen, und der Wind riß ihm den blauen Rauch vom Munde weg und hüllte ihn damit für einen Augenblick den ganzen Kopf ein. — Vor der Tür seines Wädchens sah der Zwetscherhändler Quaddelmechel auf den Boden und starrte mit wigen Finzern voller Eifer ein zartes Nüblomensplönschen aus, die in den Ritzen zwischen den Dürpelsteinen geflossen waren.

„Wat sich nit gebört, gefagt sich nit.“ murmelte er dabei, „und dat schönste Plönsche ist on der verkehrten O-T' bloß Unfront. So leid es mir tut, aber Propertität und Ordnung ist dat halbe Leben.“

Grodes, den er in seinem Eifer nicht hatte näherkommen hören, gab ihm jetzt einen gelinden Tritt in die mundgerecht ihm entgegengestreckte Rehrseite, und Quaddelmechel schob nach vorne und fiel auf beide Hände.

„Dossal!“ rief Grodes, ich hab' ein bißchen zu hart angelegt! Ist nix kaputtgegangen?“

Quaddelmechel sprang in die Höhe; sein Gesicht war blaurot von dem Blut, das ihm bei dem Waden in den Kopf gestiegen war.

(Forti. folgt.)

hüftigen Fußes zahlen. Ferner muß noch hervorgehoben werden, daß die Schulhausmeister durch die Annahme des Besoldungsplanes ihre Anstellung als Gemeindebeamte erhalten.

Die von den Gemeindefachkindern feinerzeit in Kriegsanleihe angelegten Sparguthaben aus der Schulsparkasse werden auf Antrag des Gemeindevorstandes von der Gemeindeverwaltung übernommen, damit den Kindern das Geld nicht — bei dem jetzt so niedrigen Kurswerte der Kriegsanleihe — verloren gehe.

Für die bedürftigen Altpensionäre, Rentenempfänger, Kriegsbeschädigten und erwerbslosen Haushaltungen wurde eine Winterbeihilfe in Gestalt einer einmonatigen Geldgewährung in Höhe von 80 bis 100 M. und für jedes Kind 25 M. bewilligt. Durch diese soziale Hilfsleistung wird Kontingenz von dem demittelten Nachbarort erheblich abgemindert. Auch mit der Ehrung gefallener Weltkriegskrieger befaßt sich die Gemeindeverwaltung. Der Vorstand der Gemeinde hatte einen Plan entworfen, den der Baukommission zur Durchberatung überwiesen wird.

Die Gemeinde ist gezwungen, den Steuerbetrag für 1920 durch Zuschläge zu erhöhen. Ein Beschluß wird nicht eher gefaßt, als bis Groß-Berlin einigartig dazu Stellung genommen hat.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Abt. Funktionärkongress heute bei Heller, Linsb. 2. Erhöhen bringen notwendig.

Zusammenkunft der Wahlvereine Teleskop-Vereine. Dienstag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Hohenzollern“, Sandbierstr. 61.

Verbandsrat für Volk und Telegraphie. Gruppe 7. Montag, 19. Jan., 8 Uhr, im Lokal, Reichensberger Str. 16, Vertrauensmännerversammlung. Referent: Genosse Bartsch.

Arbeitsgruppe Gewandbrennen, 22., 26. und 44.—45. RM. Heute 7 1/2 Uhr Sitzung der Arbeitsgruppe bei Gilsdorf, Sülzstr. 24.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vortragserziehung. Der von den Genossen Brack, Wiffell, Gullert und Zepier für heute abend angekündigte Vortragserziehung über das Thema: „Was wird aus Deutschland?“ nach anderer Hindernisse wegen auf kurze Zeit verschoben werden. — Reichsbund der Kriegsbekämpften (Beitrag L. Eißel). Montag, den 19. Januar, abends 7 Uhr, in Schulhaus der Hülshaus, Sülzstr. 24. Generalfammlung der Section: Kriegsbekämpfte-Teilnehmer und Gefangene. — Allgemeine Kranken- und Greisevereine der Metallarbeiter (K. G., Hamburg), Linsb. Berlin 5. Heute 7 1/2 Uhr bei Thiel, Kaiserstr. 7.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittig. Dienstag milde, aber abends kräftig oder neblig und besonders im Norden vielfach leichte Regenschauer bei mäßigen westlichen Winden.

Aus aller Welt.

Das Hochwasser.

Der Rhein steigt weiter. Die Kölner Schiffe werden freigemacht, um Familien unterzubringen, die durch die Ueberschwemmung obdachlos geworden sind. In Frankfurt a. M. ist die Ueberschwemmung weiter fortgeschritten.

Juchthausstrafe für Stiefelmacher. Das Sondergericht Saarbrücken verurteilte den Kaufmann Eduard Werner aus Hürtenhausen wegen fortgesetzter Diebstahlsverbrechen mit Schulwaren und Bedarfsartikeln zu einer Juchthausstrafe von einem Jahr. Werner hatte Schuhwaren mit einem Gewinn über 100 Proz. verkauft.

„Schmüdel sein Heim!“ Der Oberkommissar für den Freistaat Danzig, Sir Reginald Lomer soll in diesen Tagen eintreffen. Die Stadt hat seine Wohnung prächtig ausstatten lassen, auch mit Gemälden aus dem Stadtmuseum; darunter befindet sich eine Kopie des künftigen Gerichts, das die Franzosen 1807 nach Paris geschleppt hatten.

5000 Kronen für ein Telefongespräch. In Budapest wurde festgestellt, daß einzelne Banken die Beamten des Fernamtes bestochen haben, um mit Wien sprechen zu können. Für ein Gespräch von drei Minuten wurden 5000 Kronen gezahlt. Die Regierung hat die strengste Untersuchung gegen die betreffenden Beamten eingeleitet.

Die vierzig U-Boote vernichtet wurden. Der „Daily Telegraph“ beschreibt die Art und Weise, wie vierzig von unseren U-Booten ausgerendete gingen. Die größten Erfolge hatten zweifellos die Wasserbomben, großkalibrige Geschosse, deren Verspringen in bestimmten Tiefen durch Zeitgeber geregelt wurde. Sie haben 14 Boote vernichtet. Die zweitgrößte Wirkung wurde durch Gefüßfeuer erzielt, das sechs U-Boote vernichtete. Durch Torpedos wurden sechs, durch Rammen vier U-Boote versenkt, durch Rebe und Wasserbomben gemeinsam zwei. Dreimal wird eine Versenkung durch eine U-Boot-Walle erwähnt. Ein Drittel der Versenkungen erfolgte nur durch Zusammenarbeiten mehrerer englischer Fahrzeuge. Bemerkenswert ist, daß ein U-Boot (U 18) nur eine Seemeile von der Dora-Einfahrt nach Scapa Flow zugrunde ging. Es wurde von einem Fischdampfer gekannt, und die Besatzung ergab sich, nachdem sie ihr Boot versenkt hatte. Bei 29 von den 40 angeführten U-Booten wird keine Rettung von Ueberschwebenden angegeben.

Briefkasten der Redaktion.

S. V. 49. Sie werden auf der Technischen Hochschule in Charlottenburg die beste Auskunft erhalten.

1000. Wenden Sie sich an die Redaktion des „Lohnarbeiters“, Bremen, Rankenstr. 58/60, — G. H. W. Näheres darüber erteilt Dr. Konrad Schmidt, Charlottenburg, Goleaderstr. 22. — G. G. H. Der „Deutsche Baubeamte“, Berlin, Französische Str. 21, Rebt Ihnen gern den besten Rat.

Gewinn-Auszug der 15. Preuß.-Tüdd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

Table with 2 columns: (Classen Gewinn.) and (Klassen Gewinn.) listing lottery results for various classes and amounts.

1. Klasse.

Table listing lottery results for the 1st class, including prize amounts and winning numbers.

2. Klasse.

Table listing lottery results for the 2nd class, including prize amounts and winning numbers.

Ordnungsverein Berlin-Friedenau (S. P. D.) with contact information and details about membership and activities.

Spezialarzt Dr. med. Wockelmann, Oranienburger Tor, specializing in various medical treatments.

Möbel advertisement for Nicolaus Pindo, featuring high-quality furniture and metalwork.

Platin M. 155.- Metallkontor advertisement for high-quality metal products.

Leder-Möbel-Fabrik advertisement for leather furniture, including armchairs and sofas.

Curt Roder advertisement for leather goods, including jackets and bags.

Gold- u. Silbermünzen advertisement for gold and silver coins and medals.

Quecksilber Cohn advertisement for mercury and other chemical products.

Marengo BaerSohn advertisement for clothing, featuring a man in a suit and various garments like jackets and trousers.

Bekanntmachung (Notice) regarding a meeting of the Vereinigung sozialdemokratischer Polizeibeamten Groß-Berlin.

Advertisement for a lecture by Heinrich Peus and Rudolf Wiffell on the topic 'Was wird aus Deutschland?'.

MOEBEL advertisement for furniture, including beds, tables, and chairs.

Advertisement for an upper-class teacher, likely related to the Atlas-Werke Pöhler & Co. advertisement.

Silbergeld! Goldgeld! advertisement for silver and gold coins and medals.

Zigaretten advertisement for various brands of cigarettes.

Ein neues Gesicht advertisement for a cosmetic or medical product.

Malt? Alt-Metalle advertisement for malt and old metals.

Möbel advertisement for furniture, including beds, tables, and chairs.

Messing advertisement for brass and other metal products.

Advertisement for Kaiser, Berlin, featuring various products.

Advertisement for Bettmässen (bedspreads).

Advertisement for Ueber 1000 Atteste (over 1000 certificates).

Advertisement for Elektromotoren (electric motors).

Advertisement for Goldmünzen, Silbermünzen (gold and silver coins).

„Schließung der Siemens-Werke. Der Kohlenmangel in der Berliner Industrie. 35 000 Arbeiter brotlos.“

(Meldung der Tagespresse.)

Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet sollen die Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden erzwingen.
Wieviel Arbeiter werden dann in Berlin beschäftigungslos sein?

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
(im Abonnement)
Parsifal.
Anfang 8 Uhr.

Schauspielhaus.
Wilhelm Tell.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches Theater.
Uhr: **Und Pippa tanzt.**
7 1/2 Uhr: **Und Pippa tanzt**
Kammerspiele.

Die deutsch-Kleinstädter
Die Frühlings-Erwachen.
Die Büchse der Pandora.

r. Schauspielhaus
Karlsruhe.

an 1. Male. (A. u. A.)
Samstag (N. A. A., 2 V.)
Abend 7 1/2 Uhr: **Orestes** (aus. Ab.)

Theater L. 4.

Uniggrätzerstraße
Die Schönen-Gesellschaft
Schloß Wetterstein
Erdegeist (N. Orska.)
Schloß Wetterstein

Komödienhaus
Uhr: **Sie.**

Berliner Theater
Uhr: **Bummel-**
Studenten

4 neuen Opern-Parodie
Central-Theater
Uhr: **Hänsel und Gretel.**

Uhr: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus

Uhr: **Der Zigeunerbaron.**
Die Tribüne

Uhr: **Franziska.**
Eden-Theater

Uhr: **„U. A. w. g.“**
Sedr. Wilhelmstr. 7.

Uhr: **S. Hohheit der Dicht.**
Kleines Theater.

Uhr: **Die Pfarrhanskomödie.**
Neuhauspielhaus.

Uhr: **Die unberührte Fran**
Kamische Oper

Uhr: **Bichterlebe.**
Lustspielhaus

Uhr: **Arnold Black in:**
Der Großstadt-Kavaliere

Metropol-Theater.
Uhr: **Sybill**

Samstag 3 Uhr: **Charleys Tante**
mit Theaterscher

Uhr: **Die kleine Hobbelt.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Uhr: **Die kleine Susanne.**
Uhr: **Die kleine Susanne.**

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Z. M. M. 7 1/2 Uhr: **Der Liebestrank**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barrowsky.
7 1/2 Uhr: **Pygmalion.**
Sonntag 7 1/2 Uhr: **Pygmalion.**
Montag 7 1/2 Uhr: **Pygmalion.**
Dienstag 7, zum 1. Male:
Hölle, Weg, Erde.

Deutsches Künstler-Theater
Altenhändel.
7 1/2 Uhr: **Cyprienne.**
(Konstantin. Görz. Walter.)

Apollo-
Theater
Dir.: James Klein

An einem Abend
Weltrekordmann
Heros
berühmt, Kraftjongl
Curran
Tollkühnheiten
a. schwankend. Mast
4 Uebers
Sensations-Akrobat

Nadjes & de Vinos
Meistersch. Tänzerp
2 Otklars
Urkom. Reckakt.
4 Sternas
Rängen im Sebad.
Sowie pers. Auftreten
der berühmt. Renn-
fahrer wie: Lorent,
Pawke, Tschmer
und andere:

Radrennen
auf der Bühne

Circus Busch
7 1/2 Uhr: **Gr. Circus-Prgr.**
N. U. 2.3
Lustiges
Schweine-Potpourri
9 Uhr: **„Anphrodite“**

Metropol-
KABARETT
SEHNSUCHT 53-54

Janos u. Olivia
Marg. u. Luise Duwe
Les Florens
Franz Gravenhorst
Spleen u. Geo
Annie Klemchen
Vinda bonas

Senta Söveland
In ihrem Sketch
„Pst Pst“
mit **Fritz Berger.**
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

Elite-Sänger
9 stimm. Mittel der
Städt. Sänger.
Vortrag, nach 9 Uhr
9 1/2 Uhr: **Elite-Programme**
1 Kind frei
Rauch- u. gestatt.
Kunst- u. Beg. 1. u. 2. Uhr
Vorverk. 11-12 u. 4-5 Uhr

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe

Admirals-Kino
Harakiri
mit LH Darkower

Reichshall.-Theater
Seben Abend 7 1/2, und
Sonnt. Am. 5.11.
Stettiner
Sänger.
Schmäh-
ermäßigter

ORIENT
Strausberger Platz

3 Min. vom Alexanderplatz.
Größtes und schönstes
Kabarett in Berlin NO.
Der hervorragende
Januar-Spielplan!
Tanz-Vorführungen.
Anf. 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Gussy Holl
Mady Christians
Paul Graetz
Friedr. Hollaender
Hilde Gad
Hubert von Meyerink
Ann Heusinger
Olli Sudahl
Prita Feld
Kar. katonenfilm von Trier
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 U.

Rose-Theater.
3 1/2 Uhr: 1001. Nacht.
7 1/2 Uhr:
Die im Schatten leben.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die Csárdásfürstin.

WIENER RESTAURANT
Inh. JOSEF ZOLLER
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
Fernsprecher: Steinplatz 8023
nahe Zoo) zwischen Kanistraße und Kurfürstendamm.

Gute Existenz.
Zur Gründung einer Metallwaren-Fabrik
jede Teilhaber, mit 30-40 000 Tl., Schloffer oder Kaufmann.
Für G. & S. -Geschäften weicht berücksichtigt. Kraft und Blume
und vorhanden. Angebote unter „80“, Zeitungs-Zentrale,
Centrafex Dsch 14.15. 17/16

Ankauf
von bedeutendem
Brillant- und
Perlschmuck
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co. G.m.
Kanonierstr. 9.

Alte Gebisse **Alte Gebisse**
Zahn 5 M. und höher, in Platin u. Gold bis 1000 M.
Grand 100 M. u. höher. Mal-Brenn-
plätt, Kontakte, Krambons, Drähle, Tiegel.
Platin alter Schmuck usw. Höchste Preise.
Gold Emil Teichler, Belleallianceplatz 6a, H.prt.

Der beste
Rasier-
Apparat
der Welt.
MULCUTO
Handbohrschliff.
Große Zeit- und Geld-
ersparnis.
Keine Quälerei mit
stampfen und kratzenden
Klingen mehr.
PREISE:
Apparat mit Abziehh. 15 M.
Verschl. Apparat m. Abziehh.
in Etui Nr. 71, 25 M.
Verschl. App. m. Abziehhalt.
echt. Leder-Streichriemen
in Etui No. 91 u. echter Mul-
cuto-Rasierseife 40 M.
Vollst. Rasierzeug, verschl.
Apparat, Abziehhalt. Seife,
Schale, Pinsel und Riemen
in Etui, Nr. 491, 58 M.
Versand täglich!

Tausende
Anerkennungen!
Im übrigen freie ich
mich Ihnen erklären
zu können, daß ich in
1. Mulcuto nach viel
Versuch, mit 2 ähnl.
App. (Nr. 811) u. ein-
echt. G.-App., mit
senen ich mich volle
15 Jahr herumgähig
hab, endl. d. so lange
Gesucht, es habe ich
bedauere, jed. Herrn,
dem es noch best 30
ers. w. mir, eine ich ä.
1 Mulcuto hingewies.
-urde, der sich sein
Gesicht mit Marter-
instrum. strackind.,
die ihn zur Ver-
zweiflung treiben.
All diesen Unglückl.
würde m. ein. Schläge
geholt, sobald sie 1.
vortreffl. Mulcuto in
Benutzung nähmen.
Könnte man doch
diese objektive
Wahrheit allgem.
bekannt machen.
Berlin-Steglitz,
Sedanstr. 7,
Dr. Konr. Wolter.

Englische Zigaretten
zu reichhaltiges Lager
zu billigsten Tagespreisen
2 Z. Federalt. Mk. 320- p. 45
Zigarillos von Mk. 43-
pr. Mille an
Lagerbesuch lehndend!
B. Garinkel & Söhne
Berlin,
Stallschreiberstr. 21

Verlangen Sie
Vioparfa 'Zahn-
pasta
Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Berlitz 50.16, Cäpenicker
Viola Parfümerie-Fabrikation, Straßelitz, Moritzpl. 119/1

TROCKENPARFÜM
Lebona
Berlin
HAUT
CREME
Überall
erhältlich

Geöffnet von 8-6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer **Herrenzimmer**

1 Büfetz **1** Kiehe **1** Bibliothek **1** Kiehe
1 Krokons **1** runder Tisch **1** Schreibstisch
1 Ausziehtisch **1** Schreibstisch **1** Schreibstisch
6 Stühle **2** Stühle **2** Stühle

Mark: **3750, 4500, 6750** **3650, 4875, 6500**
etc. etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel
1 Waschtislette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Steilige Auflogematrassen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter

M. 2650, 2950, 3875, 4800 etc.

Ständig große Ausstellung

von Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.

Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessal.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
= einfacher, mittlerer und elegantester Art =
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königgraben

Möbel
Bewährter in 4 Stagen
Moderne Speisezimmer
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Wohnzimmer Küchen
Lief. rang frei Haus
An: Wen ch T. Handlung!

Möbel-Haus
A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46/47

20 Bootsbauer u. Schiffszimmerer
aber nur mit der Ausführung sauberester Nacharbeit
betraut. finden bayrische Beschäftigung unter guten
Bedingungen. 1019

Albatros G. m. b. H.,
Bia.-Friedrichshagen.

14-15 jährige Kontorboten
zum sofortigen Eintritt bei gutem Lohn gesucht.
Starck, Michael & Co.,
Berlin NW. 7, Wilhelmstr. 2-4

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft

Botenfrauen ein in den Ge-
schäftsstellen: 146/44

Markusstr. 36, Petersburger Platz 4, Wettstr. 9,
Boerwaldstr. 42, Luisenpark Platz 14/15, Steglitzer
Straße 27, Lindenstr. 4, Z. H. pl., Ackerstr. 174,
Prinzessstr. 31, Grolschengasse Str. 22, Wilhelm-
shagen Str. 48, Hermannstr. 24, - Char-
lottenburg, Sassenheimer Str. 1. - Schöneberg,
Baltzer Str. 27, - Lichtenberg, Warsenerstraße 1,
Boxhagener Str. 62, - Treptow, Kiehlstr. 412,
Oranienstr. - Neukölln, Neckerstr. 2, - Nieder-
schöneweide, Unruh, Gröbenstr. 10, - Borsig-
walde, Künzstr. 10, - Weissensee, Berliner
Allee 61.

Platin! Zahngebisse
Zahne bis 75 M.!

Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber!

Blähschumpfächer! Stahnpapier! Kupfer! Messing etc.
Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Möbel Bar
oder
Kredit

1. u. 2-Stuben-Einrichtungen,
Bunte Küchen,
Herren-, Speise-, Schlafzimmer
In großer Auswahl
zu kulantem Zahlungsbedingungen.

Möbel-Groß,
Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstraße 3, Eingang Ackerstraße.

Liefere auch nach auswärts

Pianos
erstklassige neue und gebrauchte.
Pflgel und Harmoniums.
en gros - Export.

MAX BECKER
Innohous Osten, Andreasstr. 47

Platin 141 bis 145 Mark.
Pl.-Zähne nicht unter 9 Mark.

Silbermark 6 M., Goldmünzen über Preise
Goldschmied, Silber-, Blücherstr. 40,
sachen k a u f t Frau Stuke, v. II 140/20a

Die Firma
Adolf Friedländer & Co., Edel-
metalle
Berlin S 14, Kommandantenstr. 29
Telephon: Moritzplatz 5722

Ist im gegenseitigen Einvernehmen
aufgelöst.

Stellengesuche
als Redakteur

Bei Briefe der G. V. D. findt Gewerkschaftssekretär, 23 Jahre,
alt, in Partei- und Gewerkschaftsbewegung durchaus erfahren,
praktisch und nationalökonomisch gebildet, sich mögl. bald zu
verändern, um liebem Stellendruckland oder besterem Gebiet.
Bei Angebot unter J. 45 an die Hauptredaktion bei
„Berliner“.

2 Eifendreher,
2 Schlosser.
zu vergeben: 1062
Nagel, Oranienstr. 22.

Schöne Kontoristin
für Schreibmaschine, Et. an-
genauer und einfache Buch-
führungsarbeit, 1. Februar
gesucht.
Für schriftl. Bemerkungen
mit Freigabe der Adresse
Zungenoffenheit,
„Ideal“, Reußstr. 1,
10711, Pflzstr. 55/56.

Stellenangebote
Reisende
sucht Zigarettenlager
Bergmannstr. 1.

In unserer Verwaltung ist die Stelle des
ersten Bürgermeisters
zu besetzen.

Das Anfangsgehalt beträgt 18 000 M. und steigt von drei
zu drei Jahren um je 2000 M. bis zum Höchstbetrage von
24 000 M.

Die Bewerber müssen Erfahrungen im Kommunaldienst
besitzen. Der Nachwähler der Befähigung für den höheren
Justiz- oder Verwaltungsdienst ist nicht unbedingt erforder-
lich, aber erwünscht. Auswärtige Dienstjahre können an-
gerechnet werden. Besoldete Nebenämter darf der Gewählte
nur mit Genehmigung der städtischen Behörden übernehmen.
Der Gewählte hat diese Bedingungen bei der Annahme der
Wahl anzuerkennen.

Meldungen sind bis 10. Februar d. Js. an den Stadt-
verordnetenvorsteher einzureichen.
Brandenburg (Bayern), den 9. Januar 1920.
Der Magistrat.

Die Schuldigen am Pranger.

Wo waren die unabhängigen Führer?

Von einem alten Parteigenossen erhalten wir folgende Zeitschrift:

Die Gewissenlosigkeit der Unabhängigen wird nur übertrumpft von der Verlogenheit, mit welcher sie jetzt ihre Verantwortung für die Opfer der Dienstag-Demonstration feig ableugnen. Ich habe die feste Überzeugung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, die zur Demonstration aufgerufen wurde, nur eine politische Demonstration beabsichtigte, wie auch unsere Partei sie früher bei bestimmten Anlässen veranstaltet hat.

Wie war das aber früher? Da haben die Parteigenossen nicht verlangt, daß ihre Vertrauensleute, ihre Abgeordneten, an der Spitze der Märsche mitmarschieren, da wurde bis in kleinste Details Zweck und Ziel der Demonstration, ihr Verlauf und ihr Ende, und welche dem, der gegen die Zwecke der Demonstration die anderen in Gefahr gebracht hätte!

Wie war das diesmal bei den Unabhängigen? Ich bin mittags 12 Uhr am Königsplatz gewesen, Tausende waren da schon versammelt. Herbst um Herbst mit verhältnismäßig viel Frauen und Mädchen und Jugendlichen rüdten an. Ich sah keine Ordnung mit Anführern, ich sah keinen der vielen mir persönlich bekannten Führer oder Vertrauensleute. Nach 1/2 Uhr kam ich wieder zum Königsplatz. Noch immer kamen Märsche um Märsche. Ich ging durch die angepöbelten Massen, das gleiche Bild wie um 12 Uhr.

Ich sah keinen Dr. Kurt Rosenfeld und erinnere mich einer entrüsteten Auseinandersetzung, die im November 1918 der Abgeordnete Brühl-Niederbarnim mit Rosenfeld hatte, als er ihm entbrannte: „So jetzt kommst Du, wo die Gefahr vorüber ist, jetzt willst Du wohl mit Leben wieder Lorbeeren holen?“

Ich sah keinen Däumig und hörte nachher, daß er auch diesmal wieder, wie bei früheren Demonstrationen, einen Tag vorher eine Reise nach Mitteldeutschland machen mußte. Ich sah auch den rabulistischen Tribünen, den Millionenproletarier Dr. Herzfeld nicht.

Ich sah keinen Bollmer'shaus, der noch am Montagabend eine Kräfte aufwandte, um die Gewerkschaften zur Teilnahme an Gewerkschaftsausschüssen anzureizen. Ich hörte zu meinem Bedauern, daß er am Dienstag früh so schwer erkrankte, daß er nicht an der Demonstration teilnehmen konnte.

Wo war Dr. Wehl, wo waren die Ratze vom Salon Casino, die seit November ihr revolutionäres Orz und — Raus entbehrt haben?

Soweit ich Ausschau hielt — ich sah keinen Ordner, keinen bekannten Redner, ich sah nur noch, wie von Viertelstunde zu Viertelstunde die ermunterten Massen unruhiger und erregter wurden.

Da und dort, an den Eingängen zum Königsplatz, sah ich revolutionäre Schriftsteller, sogar Redaktoren der „Freiheit“. Aber soweit ich im Massengetöse hand, Arbeiter, Arbeiter und — da und dort „Matrosen“.

Wo waren die unabhängigen Berliner Abgeordneten?

Ich hörte, daß die ganze unabhängige Fraktion im Reichstage zur Überraschung aller vollständig versammelt war. Nur Edgar Kohn fehlte, weil er verreist war. Diese Vollständigkeit ist eine so seltene Erscheinung, daß sie allgemein auffiel.

Da blieben die Berliner unabhängigen Abgeordneten, als die Situation infolge der gewalttätigen Angriffe einer bestimmten Sorte von Demonstranten für die Zukunft friedlich demonstrierenden Arbeiter gefährlich sich gestaltete und von Minute zu Minute die Gefahr einer Katastrophe drohender wurde?

Sind da wenigstens die unabhängigen Abgeordneten aus dem höheren Reichstagskreise herausgehört, um die Gefahr des Zusammenstoßes mit den ihnen vertrauenden Arbeitergewerkschaften abzuwenden? Haben sie die einen gewalttätigen Zusammenstoß zwischen den Elementen zurückgehalten?

Wir haben ja auch gesehen, wie Ziegler-Zubelt dem Zusammenstoß entgegenarbeiteten!

In der Wandelhalle des Reichstages sollen die Laut, Brach, Eichhorn, Herbig und Genssen furchtbar geschrien und geschliffen haben.

Aud Paul Hoffmann, der Hauptorganisator der Demonstration, war auch — nicht an der Spitze der Demonstranten, nein, er war im tugendlichesten Reichstag und wartete vielleicht auf seine in den Reichstag einberufenen Genossen, um dann, wie die Unabhängigen im Februar 1919 in München, mit den Eingetragenen die Räterepublik zu gründen, nachdem die Revolutionäre des Genssen-Bündes die Bahn dazu freigemacht hätten.

Wenn man alle diese Tatsachen an seinem Auge vorüberziehen läßt, so wird man die Auffassung nicht bestreiten können, mit der ich diese Aufschrift eingeleitet habe.

Wenn es gegläht wäre, dann wären sie alle, die bei der Demonstration schrien, die Feiden gewesen. Nun's feht ging, können sie mit dem Bruch der Überzeugung sagen: „Wir waren ja gar nicht dabei, es waren nur brave Arbeiter, auf die Ihr habt schließen lassen!“

„Raus mit dem Juden Jzig!“

Am Freitagabend sollte in einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung der Linksbücker Genosse Heilmann über „Demokratie oder Räterepublik?“ sprechen. Als der Redner auf dem Podium erschien, himmelte die ziemlich zahlreich vertretenen Unabhängigen ein „Höllenlärm“ an, das wohl zwei Stunden hindurch anhält, so daß der Referent nicht ein Wort sprechen konnte. Im Laufe dieses die unabhängigen Redner haben die nächsten Schimpfwörter, wie Arbeiterverräter, Massenmörder, Wollensäger, Spindelbrüder usw., und dazwischen zeigten sie im alten Wahlkreise Paul Singers ihre sozialistische Schulung, indem sie „Raus mit dem Juden Jzig!“ brüllten. Dazu stimmte ein unabhängiger Gesangsleiter seine Lieder an und die bekannten Hoch- und Nieder- und Raus-Rufe wurden einige hundertmal abgelehrt. Gegen 9 Uhr erschien bewaffnete Sicherheitspolizei im Saal, die von der Versammlungsleitung nicht gerufen war. Sie überzogene sich davon, daß die Versammlung ordnungsmäßig angeordnet und gerichtet war und verließ dann auf Drängen des Vorsitzenden und Referenten wieder das Versammlungssaal. Die Unabhängigen tobten und brüllten mit verdoppeltem Eifer weiter und erst als der Referent sich mit dem von ihnen zum Redner ausgerufenen Stadtverordneten Lärm darauf einigte, daß sie beide den Saal gleichzeitig verlassen sollten, gelang es, die Versammlung allmählich aufzulösen, ohne daß es zu blutigen Zwischenfällen gekommen war. Die Unabhängigen waren über diesen unerbittlichen Erfolg ihrer Versammlungsterroristen so froh, daß sie in ein andauerndes lauschendes Klatschen verfielen.

Der Terror in den Betrieben.

Nachstehend geben wir die Schilderung eines Arbeiters über die Praktiken der linksradikalen „Kämpfer für die Volkswirtschaft“ wörtlich wieder:

Ich möchte Ihnen mal ein offenes Wort sagen über den nicht mehr auszuhaltenden Terror, den die unabhängigen Arbeitkollegen heute in den Betrieben auf Ihre Kollegen von der Mehrheitspartei ausüben.

Ich bin alter Gewerkschaftler und weiß, was Organisation heißt, was aber von den Kollegen, die heute den Ton angeben, getrieben wird, das ist kein Parteikampf mehr, das ist die reine Vergewaltigung. Wer heute als S.P.D.-Mann in einer Fabrik auf Arbeit geht, wo die größere Zahl der Kollegen aus Unabhängigen besteht, der ist

seines Lebens nicht mehr sicher.

Verschweigen will er seine Partei nicht, das hat er auch nicht nötig als Klassenbewußter Sozialdemokrat, und das kann er auch nicht, denn gleich bei seinem Eintritt fragen ihn die Kollegen nach der rechten Wäsche und wenn das Geld für die Parteikasse einfließt, muß er Parteibekanntes tun. Nun geht die Bearbeitung los! Erst wird es durch Zureden versucht und durch Anleihen von Zetteln an die Werkbank und an die Maschine. Ruht das nicht, kommen die Drohungen ran. Das zieht bei vielen. Bleibt man aber der Partei treu, die einem so lange gescholten hat zu einer Zeit, wo es brennlicher war als heute und läßt man sich weder von der Sunigsuppe größerer Versprechungen noch von den Drohungen verrückt machen, dann geht das eigentliche Theater los. Die Kollegen meiden einen wie die Pest und wo sie können, schmeißen sie einem Knäuel zwischen die Beine. Wenn man mitunter nicht weiß, wo ein einem versehenlich

eine Schraube an den Kopf

gepflogen ist, mancher Kollege könnte da einem Bescheid sagen.

Eine gute Gelegenheit zum Schlägerieren bietet besonders der Gruppenafford, worin heute in vielen Fabriken gearbeitet wird. Wenn der Vorarbeiter und die Kollegen, mit denen man zusammen arbeiten muß, Unabhängige sind, dann steht's schlecht mit dem, der den Nummel nicht mitmachen will. Er kriegt feils die dreckigste und schlechteste Arbeit und er kann lange warten, bis ihm mal einer mit was hilft.

Das Schlimmste aber ist, daß auch

die Ehrlichkeit in die Wästen gegangen

ist. Ein anständiger Arbeiter macht das auch heute nicht mit! Wie aber geht es zu? In einer Werkstatt, in der ich lange gearbeitet habe, kamen beinahe täglich größere Diebstähle vor. Eines Tages erlappte mein Kollege einen dabei und machte Meldung. Von da ab war sein weiterer Aufenthalt in der Werkstatt unmöglich. Er wurde von seinen Kollegen derart behandelt, daß sein Leben nicht mehr sicher war und daß er woanders Arbeit suchen mußte. Es ist soweit gekommen, daß der uneheliche Geschäft, der anständige Arbeiter aber an die Luft gesetzt wird.

Kelürlich sind nicht alle so. Bei den meisten ist es nur

die grauenvolle Angst,

die sie haben. Keulich wurde ein Kollege in einer Diebstahlsache verurteilt; im Beisein eines unabhängigen Ausschussmitgliedes hat er eine ganz andere Aussage gemacht, als vorher. Hinterher hat er dann gestanden, daß seine erste Aussage richtig war, aber so hätte er vor seinem Kollegen nicht androgen dürfen, dann wäre er morgen draussen gewesen.

Besser können die Zustände nur werden, wenn die Angst mal verschwindet. Ich kenne viele Kollegen, die mühten ganz anders als sie tun, aber sie trauen sich nicht. Wenn die vernünftigen Leute nicht die Courage haben, den Maulhelden Befehl zu stoßen und sich von ihnen nicht dumm machen zu lassen, wird es nie besser bei uns werden!

Wie „abgestimmt“ wird.

Ein Arbeiter der Kalkulationsfabrik Ober-Schönweide sagt aus:

Am Donnerstagabend um 7 Uhr wurde vom Arbeiterausschuß eine Betriebsversammlung einberufen, die sich mit dem 24 stündigen Proteststreik befaßte. Der frühere Obmann, ein Unabhängiger, forderte zum Streik auf und empfahl, diesen Protest ohne Abstimmung vorzunehmen. Ein Gegner meldete sich zum Wort und verlangte geheime Abstimmung durch Stimmzettel. Er wurde von einem Teil der Arbeiter niedergeschrien. Schließlich wurde eine Abstimmung über Streik oder Nichtstreik durch Handaufheben vorgenommen. Ohne die Stimmen auszugeben, erklärte der Leiter der Versammlung, daß der Proteststreik beschlossen worden sei. Als einer der Versammlungsteilnehmer gegen die Abstimmung durch Handaufheben protestierte, entstand sofort ein wilder Lärm. Die Freunde des Streiks hetzten auf Stühle und Tische und verletzten den „Acher“ niederschlagend, der durch einen Beamten vor einer Trade-Priguel bewahrt blieb. Ein Obmann „beruhigte“ seine Kollegen mit den Worten: „Habt diesen „weißen Raben“ hier kein nicht an, das kann man brauchen besser erleben.“

Die Firma hat nunmehr auf Grund dieses Proteststreiks und wegen der im Betriebe vorgekommenen Unlichkeiten den Betrieb bis Montagfrüh stillgelegt. Diejenigen Arbeiter, die nicht am Streik teilgenommen haben, bekommen diese Zeit aber bezahlt.

Ein Opfer des Terrors.

Ein Obmann der Kalkulationsfabrik, Markuststraße 30, zwang eine 15jährige Arbeiterin, an der Demonstration am Dienstag teilzunehmen. Als die Sache unter den Linden kritisch zu werden anfing, wollte die Arbeiterin sich aus dem Zuge entfernen und nach Hause gehen. Aber der Obmann hinderte sie daran. Später wurde sie am Reichstagsgebäude durch einen Kopfschuß verletzt.

Geschlossener Widerstand.

Es gehört wahrhaftig die ganze moralische Verkommenheit der linksradikalen Partei dazu, angefaßt dieser Tatsache andere, die stets für die volle Freiheit und für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger eintraten sind, „Lumpen“ und „Verräter“ zu nennen. Der nach gleichlautenden Zeugenaussagen geradezu gemeingefährliche Terrorismus, der von den Unabhängigen und Kommunisten in den Betrieben ausgeübt wird, zeigt mit aller Deutlichkeit, was nicht nur der Arbeiterkampf, sondern dem ganzen Volke blüht, wenn die sozial gerühmte „Diktatur des Proletariats“ zur Wirklichkeit wird.

Diesem Treiben gegenüber müßt nur eins: die Geschlossenheit der vernünftigen Arbeiter, denen das Wohl des ganzen

Landes über Reht, als egoistische Parteinteressen. Kögen die Dankelmütigen in unseren Reihen sich endlich aufzuffen. Sie hab eine Macht, wenn sie sich auf sich selbst bestützen und wenn sie dem Terrorismus von links den geschlossenen Willen entgegensetzen, unser Wirtschaftsleben zu der Höhe zu bringen, die notwendig ist, um aus dem Fland der Nachkriegszeit herauszukommen.

Dazu gehört Mut. Und diesen Mut müssen unsere Parteigenossen überall anbringen, wenn der Bürgerkrieg, der immer wieder von links geführt wird, ein Ende nehmen soll.

Kleine politische Nachrichten.

Kückfälligkeit. In dem Saitzgerter Prozeß um den 3. Band von Bismarcks „Bedanken und Erinnerungen“ kam ein Brief des damaligen Prinzen Wilhelm aus den letzten ostteigen Jahren zur Sprache, in dem er auf Bismarcks Sanft erklärt, keine Handbemerklungen mehr auf die Ätten zu machen. Ja freilich, als Ratier —!

Ludendorff Reichstagsabgeordneter? Es wird davon gesprochen, daß die Deutschnationalen Ludendorff an die Spitze ihrer nächsten Wahlliste setzen wollen. Wir halten es für unwahrscheinlich, daß dieser Mann, einer der Hauptschuldigen am Unglück Deutschlands, den Ruf anbringen sollte, seine verhängnisvolle Unfähigkeit dem öffentlichen Leben von neuem aufzubringen.

Ein Ministerium für die besetzten Gebiete soll gegründet werden um der Loslösungsdagitation durch Befestigen des Durcheinander-regierens? zahlloser Inhabilitäten im besetzten Gebiet und durch Fürsorge für die Beteiligung des dortigen Gewerbes am Wiederaufbau entgegenzuwirken. — Doucheur hat den Wiederaufbauminister Dr. Seidler nach Paris zu Besprechungen eingeladen.

Rebel Scheint nach den Meldungen der diversen Korrespondenzbureaus als ewiger Jude zwischen Berlin und Kreuz hin und herzuwandeln. Jetzt ist er wieder noch in Berlin, fährt aber nichts ab. Wir bitten ihn um eine Ansichtskarte, wenn er glücklich in Poeslau gelandet ist.

Immer mehr Ausweisungen ausländischer Volkswirtschaften werden aus der freien Wilson-Republik gemeldet. Aber erst müssen die Aufgewiesenen ihre Steuer bezahlen! — Der Ausschlag ordnungsgemäß geachteter Sozialisten aus der New Yorker Staatsberammlung bleibt aufrecht erhalten und wurde von der Mehrheit durch Handaufheben einstimmlich beschlossen.

Wirtschaft.

Stürmische Anasluft an der Börse.

An den Börsen finden sprunghafte Kurssteigerungen der Dividendenpapiere statt. Man sieht vor der Banknote und hamfirt Dividendenpapiere. Wo kommt der reiche Geldstrom nur her? Sicher ist, daß das Auslandskapital gierig kauft.

Die Hasepreise hettern weiter!

Am 3. Januar kostete 1 Tonne 2440—2480 M.

„ 16. „ 1 „ 2900—2920 „

1 Tonne = 20 Zentner.

Es lebt sich doch auf Kosten der Verbraucher unter der „freien“ Wirtschaft zu schön!

Hasekieserungsverträge. In einer am 10. Januar er. noch dem Reichswirtschaftsministerium einberufenen Versammlung, an der außer Mitgliedern des Handels Vertretter der Landwirtschaft und der Konsumrentenrenten teilnahmen, wurde festgestellt, daß an eine Erhöhung der Preise für die Hasekieserungen im Gegenzug zu Brotgetreide nicht zu denken sei, da die Landwirtschaft in der freien Preisbildung ein erhebliches Äquivalent für den niedrigen Preis der ganz geringfügigen Hasekieserungen habe, daß im übrigen die Annehmungen in letzter Zeit eine erfreuliche Zunahme aufweisen und daß endlich die Ausschreibung der restlichen 50 Proz. mit kurzen Lieferterminen in allernächster Zeit in Aussicht stehe, um dann die noch bestehenden Beschränkungen möglichst bald aufzuheben. Es schweben ferner Erwägungen, die Herauslösung des Hases aus dem hiesigen Streifen, in denen die Hasekieserungen noch nicht voll abgeleitet ist, schon jetzt weiter zu erleichtern, wenn die Verwendung für Zwecke der kommunalen Versorgung nachgewiesen wird.

Auslandkäufe deutscher Kohlenfelder. Die Teles M.-Ges. in Frankfurt a. M. hat Kohlenfelder bei Rheinberg und Men, die sie vor mehreren Jahren an die Prager Eisenindustrie verkauft hatte, ungefähr zum Grundsatz wieder zurückgekauft. Rumelbe hat Teles M.-Ges. nach der „Frankf. Ztg.“, holländische Käufer, mit denen sie in weit vorgeschrittenen Verhandlungen stehe. Da den Holländern, auch wenn hinter ihnen eine andere Ausländergruppe stehen sollte, durch den Stand der Welt der Kauf sehr erleichtert wird, so habe der Teles den Preis für die Felder so festgelegt, daß sich für ihn, falls sich der Kauf verwirklicht, ein sehr ansehnlicher Nutzen, der angeblich mehrere Millionen betragen soll, ergeben werde.

Die Verbraucher gegen die Vergrößerer.

Am 14. Januar lagte der Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums hat den Reichsstatistiker zur Stellungnahme zu den von den Subsidaten beantragten Preiserhöhungen beauftragt. Es handelt sich hierbei um Preissteigerungen, die zur Aufbringung von Mitteln dienen sollen, die Werke wieder technisch in Stand zu setzen, um die Höhe der Friedensproduktion zu erreichen. Die Notwendigkeit für die Aufbringung der Mittel wurde im allgemeinen anerkannt. Nur einige Verbrauchervertreter wiesen auf die Folgen für die gesamte Wirtschaft hin. Da die notwendigen Mittel auf einmal durch die Preiserhöhungen aufgebracht werden sollen, da außerdem die Inflation der Werke auf den Stand der Friedensproduktion infolge der Verfürgung der Arbeitskräfte eine Vergrößerung der gesamten Anlagen bedingt, so hielt es der Reichsstatistiker dieses im Gegenzug zu den Unternehmern für notwendig, daß der Reichsstatistiker auf die Verwendung der Gelder Einfluss haben soll. Die Unternehmern zogen nach einer längeren Aussprache ihren Antrag auf Preiserhöhung zurück, um erst in den verschiedenen Medien die Lohnforderungen der Bergarbeiter kennen zu lernen, um dann die insgesamt notwendig werdenden Preiserhöhungen auf einmal zu erfahren. Wie gesagt wurde, sollen die dann notwendig werdenden Preiserhöhungen 40 bis 50 M. betragen.

Parteinachrichten.

Die Parteiorganisation von Trier beschäftigte sich in ihrer Sitzung abgehaltenen Volksversammlung mit dem Ausbau der Organisation und der notwendig gewordenen Beitragserhöhung. Es verles die Einmütigkeit darin, daß der Beitrag für männliche Mitglieder von 25 auf 40 M. erhöht werden müsse. Demgemäß wurde auch beschlossen. Ein weiterer Antrag, der die Erhebung des höchsten Großes für Unterhaltungswecke verlangte, fand bei den Genossen gleichfalls lebhaften Beifall. Es wurde jedoch gewünscht, daß hierüber in den einzelnen Bezirken noch besonders Stellung genommen und Beschluß gefaßt werde.

Ein neues Parteiblatt. Seit dem 1. Januar d. J. erscheint in Brale (Lidenburg) unter dem Titel „Grafer Zeitung“ ein neues Parteiblatt. Die Redaktion wird von Willi Scheibe geführt.

Gewerkschaftsbewegung

Schwarze Listen!

In der Holzindustrie werden zurzeit die schönsten Konjunkturprognosen eingeleitet. Die Knappheit der Ware und das Bestreben von Säubern und Kriegsgewinnern aller Art, ihren Mitarbeitern in Zukunft handsgemäß mit eleganten Herren-, Arbeits-, Fr- und Schlafzimmern vor Augen treten zu können, hat die Preise in der Möbelindustrie auf eine fabelhafte Höhe getrieben. Ganz selbstredend möchten die Arbeiter der Industrie nicht ganz leer ausgehen; die Organisation hat an die Arbeitgeber das Verlangen gestellt, den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohns um eine Mark und den Arbeiterinnen eine Erhöhung um 75 Pf. zu gewähren.

Die verbotene Veranschaulichung des eigenen Profits hat die vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie zu einem alten Rezept, das in der Vorkriegszeit bei Lohnunterschieden rücksichtslos angewandt wurde, greifen lassen. Streng vertraulich veröffentlicht die freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin unter dem 10. Januar d. J. eine schwarze Liste, durch die namentlich und mit Krankentafelnummer 33 Tischler, 4 Bildhauer, 10 Polierer, 9 Maschinenarbeiter und 9 Handwerker, die bei der Firma Felzer u. Stahl, Kommitener Str. 13, wegen der Feuerungszulage in den Streik getreten sind, verfehmt werden sollen.

„Es ist Ehrensache und Pflicht der Selbsterhaltung jedes Kollegen, die vorgenannten Leute nicht einzustellen!“, ist die Empfehlung, die in der Liste den Streikenden auf den Weg gegeben wird.

In der Holzindustrie ist Hochkonjunktur; die Unternehmer sind zufrieden, wenn sie nur leistungsfähige Arbeiter bekommen. Die Verfechtung wird daher wohl ohne Wirkung bleiben. Eines aber dürfte sich empfehlen: Vielleicht überlegt sich die Organisation gegenüber der rücksichtslosen Anwendung von schwarzen Listen einmal, ob sie den Spieß nicht umdreht und jeden Unternehmer, der mit schwarzen Listen operiert, für organisierte Arbeiter so lange sperrt, bis das Unternehmertum bereit ist, bei Arbeitsstreikigkeiten von geheimen Strohbriefen in Zukunft abzusehen.

Terror!

Von einem im Betriebe der U. G. G. beschäftigten Funktionär wird geschrieben: Donnerstag früh wurde mittels Handzettel, unterschrieben von den politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der U. G. G. sowie den Beauftragten der Arbeiterorganisation zum Schließenden Proteststreik aufgefordert. Es ist das Recht eines jeden Arbeiters, für seine Überzeugung mittels Streiks einzutreten. Was man darf unter keinen Umständen andernsdenkende Arbeiter zwingen, sich an einem politischen Streik zu beteiligen. Dieses ist in der schamlosesten Weise in der U. G. G. Brunnenstraße geschehen.

In der Abteilung G. I. III erschienen gegen 8 Uhr ungefähr 200 Mann, schalteten mit Gewalt die Maschinen und das Licht aus und zwangen die Arbeiter, den Betrieb zu verlassen. Das geschah unter Drohungen mit Hammer usw. Schimpfworte wie: Roboter, Lumpen, Verräter, Kapitalistenhunde waren mit den Aufforderungen verbunden. Ganz besonders tat sich ein ehemaliger Gelber hervor. Die Arbeitererschaft, selbst Unabhängige, wollte arbeiten, blegte sich aber dem Terror. In H. I wurden die Arbeiter ebenfalls mit Gewalt gezwungen, ihre Karte zu streichen. In H. II versuchte man ebenfalls mittels Drohungen die Arbeiter zur Niederlegung zu zwingen. Einem Genossen wollte man mit einer Heile den Schädel einschlagen. In G. I. IV drang der Krupp ebenfalls an und erzwang mit Gewalt die Arbeitsniederlegung. Viele Arbeiter erklärten, sie weichen nur der Gewalt.

So gelang es der U. G. G. 70 Proz. der Belegschaft auf die Straße zu jagen. Fürwahr ein schöner Erfolg. Ganz besonders wurden auch die Frauen bearbeitet, die dann in heller Angst den Betrieb verließen. Angesichts solcher Dinge muß man fragen, schämt sich diese Gesellschaft denn nicht vor sich selber? Geben so ihre geistigen Waffen aus? Hoffentlich steht die Arbeitererschaft bald ein, was diese Gesellen beabsichtigen. Ist denn die Rot und das Elend nicht schon groß genug? Den Arbeitern,

die sich dem Terror nicht beugen, rufe ich zu, bleibt standhaft auch für die Zukunft, es wird der Zeitpunkt kommen, wo die Arbeitererschaft einleiten wird, wo ihre wahren Freunde sind. Der 15. Januar wird ein Schandtag sein für jene Gesellen, die da glaubten, durch rohe Gewalt ihre Hoffnungen zu übergeben.

Streikverbot im Rheinland.

Die interalliierte Rheinlands-Kommission hat eine neue Verordnung für den Unterhalt, die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungsarmee nach Artikel 2 des Abkommens erlassen. Danach darf kein Ausstand begonnen werden, bevor nicht der Streitgegenstand den zuständigen Behörden unterbreitet ist. Die Entscheidung der Einigungsbehörde muß innerhalb acht Tagen erfolgen. Sie wird dann dem Vertreter der hohen Kommission des Bezirks vorgelegt, in dem der Streit ausbrochen ist. Die Ansetzung des Einigungslandes kann innerhalb acht Tagen bei der Kommission erfolgen. Das Berufungsgericht besteht aus dem Vorsitzenden, zwei Mitgliedern und vier deutschen Beisitzern. In das Schlichtungsverfahren einleitet, so darf kein Streik ohne Anzeige bei der hohen Kommission erfolgen; im anderen Fall muß eine achtstägige Frist bis zum Beginn des Streiks eingehalten werden. Die hohe Kommission kann den Streik verbieten. Keine deutsche Behörde im besetzten Gebiet kann eine Entscheidung, die auf Grund des deutschen Rechts getroffen worden ist, für anfechtbar erklären.

Teuerungszulagen.

Von besonderer Seite wird uns mitgeteilt: Die in der Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände zusammengefaßten Organisationen hatten sich im Auftrage ihrer Funktionäre, gestützt durch die immer drückender werdende Teuerung, an den Verband Berliner Metallindustrieller gewandt mit dem Ersuchen, im Rahmen des bis zum 31. März laufenden Tarifes einen Ausgleich für die augenblicklich herrschende Verteuerung aller Bedarfsartikel zu schaffen. Vor Beginn dieser Verhandlungen hat es sich als notwendig erwiesen, den Tarifvertrag „vorläufig“ zu kündigen.

Die nun stattgefundenen Verhandlungen haben, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller, folgende Vorschläge ergeben: An alle Angestellten, außer den im Anhang des Tarifvertrages vorgesehenen, für die die Regelung noch nicht festgelegt ist, soll etwa folgender Ausgleich gezahlt werden: An alle Angestellten, außer den erstgenannten, auf die jetzt gezahlten Gehälter pro Monat 100 M.; für jedes Kind bis zu 15 Jahren 30 M.; für diejenigen Kinder, für die bis zum 18. Lebensjahre nachgewiesen werden noch Schulbesuch in Frage kommt, sollen bis zu diesem Zeitpunkt gleichfalls 30 M. gezahlt werden.

Die Verhandlungen gestalteten sich recht kompliziert und zwar deshalb, weil zu gleicher Zeit Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband schwebten und die Arbeitgeber sehr schwer zu überzeugen sind, daß sich leider das Gehaltsniveau der Gesamtangestelltenerschaft erheblich um er dem der Kollegen-Gewerksarbeiter bewegt. Der von der Zentralarbeitsgemeinschaft festgelegte Verteuerungsausgleich von 1,23 M. pro Woche, der von den Herren Arbeitgebern wohl selbst als beschämend empfunden worden ist, wurde in den ersten Verhandlungen gleich auf 6 M. aufgerundet. Die Herren Arbeitgeber mußten wohl einsehen, daß bei den demnach notwendigen Renovierungsarbeiten an Garderobe und Wäsche für die Angestellten (an Reklamationen können diese seit Jahren schon nicht mehr denken) man keine Debatten über Teuerungsgelder halten solle.

Die Hamburger Bezirkskonferenz der Metallarbeiter.

Am 11. und 12. Januar tagte in Hamburg die Bezirkskonferenz des 6. Bezirks, des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Bezirksleiter Kollege Schulz schloßerte in längeren Ausführungen die außerordentlich große Arbeit, die während des vergangenen Jahres auf gewerkschaftlichem Gebiet zu verrichten war. Vor allen Dingen war es die Betriebsbewegung, die die Kraft der Bezirksleitung in Anspruch nahm. Die Zahl der Mitglieder stieg von 37 000 im Jahre 1917 auf 101 000 am Schluß des 8. Quartals 1919. Ein Antrag, der der Bezirksleitung das Vertrauen ausdrückte, fand einstimmige Annahme.

Bei der Debatte über den Bericht der Mandatsprüfungskommission kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der unter der Leitung von D. H. M. a. v. Hauptvorstand stehenden Rinderheit und der Mehrheit der Konferenz. Die Mandats-

prüfungskommission erklärte alle Mandate bis auf die Hamburger, welche in der Versammlung vom 10. Januar gewählt wurden, für gültig. Während sich die Mehrheit auf den Standpunkt stellte, daß die Hamburger Kollegen, die auf der ersten Versammlung gewählt wurden, die zuständigen Vertreter bei der Konferenz seien, vertrat die Rinderheit die entgegenge setzte Meinung. Sie führte ins Feld, daß die Wahlen auf der Einladung zu der Versammlung nicht als besonderer Tagesordnungspunkt angegeben worden seien. Auf Grund eines Prozesses erklärte der Vorstand in Stuttgart die Mandate für ungültig und verfügte, daß die Hamburger Verwaltungskomitee neue Wahlen in einer ordnungsgemäß beauftragten Versammlung vorzunehmen hätten. Von der Mehrheit wurde ins Feld geführt, daß in Hamburg kein Statut besteht, daß derartige Publikationsvorschriften enthält, es sei vielmehr gang und gäbe, Proven auch von größerer Wichtigkeit ohne Bekanntgabe auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die betreffende Versammlung ihre Zustimmung dazu gebe. Im übrigen sei die Konferenz souverän und habe selbst über die Gültigkeit der Mandate zu entscheiden. Dem Hauptvorstand wurde das Recht abgeprochen, auf Grund seiner einseitigen Informationen in diesem Falle eine Entscheidung zu treffen. Man würde ebenso wie die Generalversammlung des Verbandes seine Souveränität zu wahren wissen.

Als die Rinderheit ein sah, daß ihr Bemühen vergeblich war, beantragte sie, über die Gültigkeit der Mandate nach der von den einzelnen Delegierten verteilten Mitgliedszahl abzustimmen. Die Mehrheit lehnte natürlich dieses Ansuchen ab und erklärte, die Mandate der Kollegen Rempen, Meiß und Nag, die in der ersten Versammlung gewählt wurden, für gültig. Hierauf beantragte die Rinderheit eine Vertagung der Konferenz um eine halbe Stunde, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Nach Wiederöffnung der Verhandlung erklärten sie, an den weiteren Beratungen der Konferenz nicht mehr teilnehmen zu können.

Am zweiten Tage der Konferenz legte sie noch eine ausführliche Begründung über den Verzicht auf die weitere Mitarbeit vor. Bezeichnend bei der ganzen Aktion war die Haltung des Vorstandsmitgliedes D. H. M. a. v. Stuttgart, der sich in allen diesen Fragen auf den Standpunkt der Rinderheit stellte. Die Mehrheit erklärte in einer Entschließung, daß das Verhalten der Rinderheit mit Demokratie nichts zu tun habe, sondern einfach die Diktatur der Rinderheit bedeute. Die Konferenz stellt in der Entschließung weiter fest, daß sie zu Recht weiterzuge, auch wenn sie sich in ihrer Mehrheit nicht dem Willen der Rinderheit unterordnet. Die Konferenz nahm dann noch Stellung zu der herrschenden Teuerung und nahm einstimmig zwei Resolutionen an, in denen der Vorstand aufgefordert wird, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen in die Wege zu setzen, um einen Ausgleich zwischen dem Lohn und den Lebensmittelpreisen herbeizuführen. D. H. M. a. v. Stuttgart, der den Standpunkt des Vorstandes vertrat, betonte, daß bezüglich Klärungen auf alle Bezirksleitungen und Ortsverbände unterweg sein.

Eine Teilung des 6. Bezirks wurde im Hinblick auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Betriebe abgelehnt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird sodann energisch gegen die jetzige Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung Front gemacht. Die Konferenz erwartet, daß hierin eine Korrektur eintritt und daß der Inhalt der Zeitung in Einklang gebracht wird mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen, die bisher geübt wurden und den Verband groß und stark gemacht haben, und wie sie auch in dem bekannten Rundschreiben des jetzigen Zentralvorstandes festgelegt sind.

Lohnbewegung in der Wärmeladen-Industrie.

In der Wärmeladen-Industrie werden zurzeit sehr niedrige Löhne gezahlt. Vollarbeiter erhalten 1,70 M., Arbeiterinnen über 18 Jahr 95 Pf. pro Stunde. Die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahre sind bedeutend niedriger. Der Zentralverband der Väder und Konditionen reichte Lohnforderungen ein, die für Frauen 2.- M. pro Stunde vorsehen. Den Unternehmern waren diese sehr hochschwebenden Lohnforderungen zu hoch; sie machten einen Gegen vorschlag von 2,50 M. für Vollarbeiter und 1,50 M. für Arbeiterinnen über 18 Jahre.

Mit dem Vorschlag der Unternehmer beschäftigte sich am 15. Januar eine Versammlung der Arbeiterchaft der Industrie. Der Vorschlag der Unternehmer wurde als ein hoher bezeichnet. Es wurde eine Kommission gewählt, die nochmals mit den Unternehmern in Verhandlung treten soll.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Kurt Adler, Oberlektorat für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Carl Stamer u. Co., Berlin. Abdruck: 2. Jahrgang 1. Heft.

Ueberarbeitete, geistig und körperlich Heruntergekommene finden in

Leciferrin-Tabletten

ein vorzüglich und raschwirkendes Präparat, um einen normalen Gesundheitszustand wieder herzustellen. Preis M. 3.- in Apotheken.

Augen sind der Seele Spiegel,

darum bemerkt man sie davor, daß sie trübe werden, daß rot entzündete Lider sie verengern, daß sie infolge Ueberanstrengung matt, glasig in die Welt schauen, beim geringsten runden Lächeln tränen und daß sich schon im jugendlichen Alter in der Augengegend jene Fältchen bilden, die eine Folge des unwillkürlichen Zusammenziehens der Augen bei angelegtem Sehen sind.

Ueberanstrengte Augen verursachen Kopfschmerz, vorzeitige Ermüdung und Nervosität und geben dem Gesicht einen matten, nervösen Zug, machen es vorzeitig alt. Kommen Sie zu uns, wenn Ihre Augen überanstrengt sind, wenn sie heilspiegelnde bei übermäßiger Beleuchtung nicht mehr klar sehen können.

Die Untersuchung ist kostenlos. Wenn Sie etwa bereits über 40 Jahre alt sind und noch keine Augengläser haben, so sollten Sie uns unbedingt besuchen, denn in diesem Alter brauchen wir ganz wenigen Ausnahmen, selbst sehr gesunde Augen eine Untersuchung durch Augengläser, wenn es um deren Leistung nicht darauf gehen soll. Gute Augengläser, die man ja durchaus nicht dauernd zu tragen braucht, erhöhen die Leistung Ihrer Augen, strengen Ihre Wehrkraft unter Umständen bis auf Doppelle und halten Ihre Augen klar und blank. Sie legen besonderen Wert auf gutes Aussehen der Brillen, also auf optisch richtiges und schönes Sehen, weil auch das beste Glas nicht das Beste leisten kann, wenn es schlecht sitzt.



Optiker Ruhnke

- 22 Geschäfte:
- W. Leipziger Str. 113, Ecke Rauerstraße
 - N. Chausseestraße 72, Invalidenstr. 104, G. Brunnstraße
 - Schöneberg: Hauptstr. 11, a. Raitz-Str.-Weg
 - Friedmann: Rheinstr. 15, Ecke Ritzstr., gegenüber der Raitz-Str.
 - Wilmersdorf: Berliner Str. 122/23, an der Ullrichstr.
 - Charlottenburg: Tauentzienstraße 15, Ecke Warburger Straße
 - Spandau: Breite Str. 18
 - Berlin: Neul. Franzfurter Allee 14, Invalidenstr. 117, an Berliner Bahnhof
 - C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße, Alexander-Platz, Nord-Wilhelmsplatz
 - S. Rathenower Markt 10, nahe Warenhaus Sanderl
 - SO. Frankfurter Allee 44, nahe Kremplplatz
 - Hallesche Str. 1, Ecke Potsdamer Str.
 - Preussische Allee 100, Ecke Leipziger Straße
 - Preussische Allee 106, Ecke Siegel-Ring
 - SW. Belle-Alliance-Str. 4, am Hellenen Tor
 - NW. Preussische Allee 120, Ecke Borsigstraße